

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

15. Sitzung vom 9. Dezember 2019 von 18:00 bis 23:45 Uhr im Casino Wohlen

---

**Vorsitz** Edwin Brunner, Präsident

**Protokollführung** Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz** **Einwohnerrat 18.00 – 18.30 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 37  
Absolutes Mehr: 19  
Zweidrittelsmehr: 25

**Einwohnerrat 18.30 – 23.00 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 38  
Absolutes Mehr: 20  
Zweidrittelsmehr: 26

**Einwohnerrat 23.00 – 23.40 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 37  
Absolutes Mehr: 19  
Zweidrittelsmehr: 25

### **Gemeinderat**

Arsène Perroud, Gemeindeammann  
Roland Vogt, Vizeammann  
Paul Huwiler, Gemeinderat  
Thomas Burkard, Gemeinderat  
Ariane Gregor, Gemeinderätin

### **Weitere Anwesende**

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber  
Sabrina Siegrist, Gemeindeschreiber-Stv. II  
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau & Umwelt  
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit  
Urs Spillmann, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales & Bildung  
Roland Frick, Finanzverwalter  
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter  
René Bossert, Stabsdienste Informatik

Marco Veil, Polizeichef  
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege  
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz  
Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung  
Gerold Brunner, Leiter Betriebsamt  
Flurin Burkard, Leiter Gesellschaft, Kultur & Sport  
Caroline Wiederkehr, Stabsdienste  
Christoph Meyer, Leiter Tiefbau

**Entschuldigungen**

Astrid Elsässer, Grüne  
André Geissmann, SVP

## **TRAKTANDEN**

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von Thomas Urech Lüthi, GLP
3. Wahlen für den 2. Teil der Amtsperiode 2018/2021
  1. Präsident/in des Einwohnerrates
  2. Vizepräsident/in des Einwohnerrates
  3. 2 Stimmentähler/innen
  4. 1 Ersatzmitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
  5. Präsident/in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
4. Budget 2020 der Einwohnergemeinde Wohlen AG – 2. Vorlage (14061)

Brunner Edwin, Präsident:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 14. Oktober 2019 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 14023 Budget 2020 – 2. Vorlage
- Bericht der FGPK zum Budget 2020 – 2. Vorlage
- Anfrage 14064 betreffend Verzögerungen bei laufenden und bevorstehenden Projekten der Gemeinde Wohlen aufgrund der Rückweisung des Budgets 2020 durch den Einwohnerrat
- Bericht und Antrag 14065 IB Wohlen AG – Wahlvorschläge
- Jahresbericht 2018/2019 der Schule Wohlen (14066)
- Anfrage 14067 betreffend Stellenetat der Gemeinde Wohlen AG
- Einladung zum Adventskonzert des Musikvereins Wohlen
- Einladung zur Lichtshow IB Wohlen AG Geschichten in Feuer und Farbe

### **Es liegt auf:**

- Musical Lights 2019 der Musikschule Wohlen
- Projekt Ü20 bis 99 – Kursprogramm 2019/20 für Erwachsene der Musikschule Wohlen

### **Fraktionserklärung**

Läuffer Marc, SVP: Die SVP Wohlen-Anglikon gratuliert ihrem Mitglied Jean-Pierre Gallati zu seiner Wahl als Regierungsrat des Kantons Aargau ganz herzlich. Es sind rund 100 Jahre vergangen, seit ein Bürger von Wohlen dieses verantwortungsvolle Amt ausgeübt hat und wir Wohler dürfen stolz darauf sein, dass unsere Gemeinde nun auch wieder am Regierungsratstisch vertreten ist. Wir wünschen unserem Wohler Regierungsrat viel Erfolg in seiner neuen Herausforderung und danken allen, die ihn unterstützt haben. Dank gebührt auch dem Gemeinderat Wohlen sowie allen Beteiligten, die kurzfristig im Casino Saal eine würdige Feier organisiert haben.

### **Verabschiedung Michaela Duschén**

Brunner Edwin, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Michaela Duschén, FDP und bedankt sich bei ihr für den ausserordentlichen Einsatz in der Wohler Politik.

### **Verabschiedung Anna Keller und Mika Heinsalo aus der FGPK**

Brunner Edwin, Präsident: verliest die Rücktrittsschreiben von Mika Heinsalo, Dorfteil Anglikon. Das Rücktrittsschreiben von Anna Keller, Grüne wurde bereits an der letzten Einwohnerratssitzung vorgelesen. Edwin Brunner bedankt sich bei ihnen für den ausserordentlichen Einsatz in der FGPK.

#### Rücktritt Anna Keller

*Das Rücktrittsschreiben von Anna Keller durfte oder musste ich Ihnen bereits anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung vorlesen. Anna Keller, ich finde kaum die richtigen Worte! Dein Rücktritt ist und bleibt schmerzhaft. Du hinterlässt eine grosse Lücke in der FGPK. Der Dank des ganzen Einwohnerrates ist Dir gewiss. Deine vorbildliche Vorbereitung und Leitung der FGPK-Sitzungen verdienen grossen Respekt und Anerkennung. Viele einwohnerärztliche Beschlüsse wurden aufgrund der akribischen, fundierten Arbeit der ganzen FGPK massiv erleichtert. Für die FGPK ist Dein Rücktritt ein echt hammermässiger Verlust. Der Einwohnerrat darf sich glücklich schätzen, dass Du mit Deinem grossen Wissen und Deiner immensen Erfahrung wenigstens diesem Gremium erhalten bleibst. Auch Dir darf ich jetzt das obligate Abschiedsgeschenk übergeben.*

**Inpflichtnahme von Thomas Urech Lüthi, GLP**

---

Brunner Edwin, Präsident: liest das Amtsgelübde vor.

Thomas Urech Lüthi, GLP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Thomas Urech Lüthi ist somit als Nachfolger von Sebastian Berns in Pflicht genommen.

**Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates**

Dietrich-Meyer Stefanie, CVP: Meinrad Meyer, mein Vater, ist einfach ein super Typ! Ob politisch oder privat, er hat das Herz am rechten Fleck und bleibt immer korrekt. Er ist seit beinahe neun Jahren Einwohnerrat, davon amtierte er zwei Jahre als Präsident der damaligen Geschäftsprüfungskommission. Zudem war er zwei Jahre lang unser Fraktionspräsident. So konnte er schon viel Erfahrung sammeln und versteht die politischen Abläufe bestens und weiss, wie die Verwaltung der Gemeinde funktioniert. Jetzt fehlt eigentlich nur noch eine Herausforderung und zwar das Amt als höchster Wohler. Diese Aufgabe möchte er sehr gerne für den zweiten Teil der laufenden Amtsperiode wahrnehmen. Wir sind davon überzeugt, dass er dieser Herausforderung gewachsen ist. Er wird die Sitzungen des Einwohnerrates mit Gelassenheit, viel Ausdauer und dem richtigen Durchblick leiten. Die Fraktion CVP empfiehlt Meinrad Meyer als Präsident des Einwohnerrates für die zweite Hälfte der Amtsperiode dieser Legislatur zur Wahl. Wir danken Ihnen für Ihre Stimme.

Brunner Edwin, SVP: Ich werde meinem eigenen Versprechen um Neutralität im Rat untreu. Ich empfehle dem Einwohnerrat Meinrad Meyer als neuer Einwohnerratspräsident zu wählen. Ich bin überzeugt, dass Meinrad Meyer der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort ist. Er hat es mehr als verdient.

**Wahlprotokoll**

für die Wahl des Präsidenten des Einwohnerrates

Zahl der Anwesenden			37
Eingelegte Wahlzettel			37
abzüglich	ganz leere	.....2	
	ungültige	.....0	-2
			35
<b>In Betracht fallende Wahlzettel</b>			<b>35</b>
Anzahl der zu Wählenden			1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen			35
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen			-0
<b>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</b>			<b>35</b>
<b>Absolutes Mehr:</b> Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2			18

gewählt 

Stimmen haben erhalten:	1	2	Stimmen
Meinrad Meyer			35

Meyer Meinrad, CVP: Ich danke Ihnen allen ganz herzlich für die Zustimmung. Ich werde mich bemühen, das Amt in den nächsten zwei Jahren in Ihrem Sinne zu führen und erkläre Annahme der Wahl.

**Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates**

Stirnemann Alex, SP: Gerne schlage ich als Vizepräsident des Einwohnerrates Cyrille Meier von der SP vor. Cyrille Meier bringt einen grossen Rucksack an politischer Erfahrung mit. Er ist seit 2011, also seit acht Jahren, Mitglied des Einwohnerrates Wohlen, er war von 2015 bis 2017 Fraktionspräsident der SP. Zudem amtierte er zwei Jahre in der damaligen Finanzkommission. Cyrille Meier ist von Beruf Lehrer und arbeitet im Schulhaus Junkholz in Wohlen. Viele kennen ihn auch als „Samichlaus“, was er schon seit vielen Jahren macht. Zudem erzielte er anlässlich der letzten Wahl des Einwohnerrates im Jahr 2017 mit den meisten erhaltenen Stimmen das beste Wahlergebnis. Aus diesem Grund möchte ich Ihnen empfehlen, Cyrille Meier als Vizepräsident des Einwohnerrates zu wählen.

**Wahlprotokoll**

für die Wahl des Vizepräsidenten des Einwohnerrates

Zahl der Anwesenden			37
Eingelegte Wahlzettel			37
abzüglich	ganz leere	.....4	
	ungültige	.....0	-4
			33
<b>In Betracht fallende Wahlzettel</b>			<b>33</b>
Anzahl der zu Wählenden			1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen			33
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen			-0
<b>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</b>			<b>33</b>
<b>Absolutes Mehr:</b> Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2			17

gewählt 

Stimmen haben erhalten:	1	2	Stimmen
Cyrille Meier			33

Meier Cyrille, SP: Ich erkläre hiermit die Annahme der Wahl.

**Wahl von 2 Stimmzähler/innen**

---

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Unsere Fraktion empfiehlt Samuel Keller als Stimmzähler.

Brunner Edwin, Präsident: Ich möchte wissen, ob es einen weiteren Vorschlag gibt.

*Da keine Partei einen Kandidaten für den zweiten Stimmzähler stellen möchte, unterbricht der Präsident die Sitzung zum Beratungszweck. Er erwartet in Anschluss der Pause einen zweiten Vorschlag für die Wahl als Stimmzähler.*

Brunner Edwin, Präsident: Ich möchte erneut wissen, ob es einen weiteren Wahlvorschlag gibt.

Donat Ruedi, CVP: Ich erlaube mir bei diesem Wahlgeschäft kurz das Wort zu ergreifen. In jedem Parlament wird das Ratsbüro paritätisch zusammengesetzt. Jetzt haben wir einen neuen Präsidenten von der CVP, einen Vizepräsidenten der SP und einen Kandidaten für das Amt als Stimmzähler von der FDP. Wir haben jedoch noch vier Parteien, namentlich die SVP, die Grünen, GLP und EVP, welche weder ein Amt innehaben noch im Ratsbüro vertreten sind. Ich denke, dass eine Person von diesen vier genannten Parteien ins Ratsbüro gewählt werden müsste.

Christen Peter, SVP: Ich danke, dass wir an erste Stelle erwähnt worden sind für das Amt als Stimmzähler. Gerne gebe ich Auskunft, weshalb wir keinen Kandidaten stellen werden. Die SVP hat über Jahre, wenn nicht sogar über Jahrzehnte, immer einen Stimmzähler gestellt. Wir haben jetzt einen Stimmzähler, welcher zurücktritt. Unsere Erwartungshaltung ist, dass der innere Ring – mit tatkräftiger Unterstützung der CVP – einen Kandidaten stellt. Es dürfte keine Schwierigkeit darstellen aus den vielen Personen einen neuen Stimmzähler zu eruieren.

Brunner Edwin, Präsident: Ich weise darauf hin, dass wir noch einen zweiten Kandidaten für das Amt als Stimmzähler benötigen.

Christen Peter, SVP: Ich schlage meinen Vorredner Ruedi Donat, CVP, vor.

Donat Ruedi, CVP: Ich würde dieses Prestigeamt sehr gerne annehmen, aber ich habe im Sinn im nächsten halben Jahr als Einwohnerrat zu demissionieren. Mit dem Wahlvorschlag werde ich zu dieser Vorankündigung gezwungen. Ich werde mich somit nicht zur Verfügung stellen.

Christen Peter, SVP: Sobald Ruedi Donat aus dem Einwohnerrat austreten wird, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die SVP einen Nachfolger stellen kann, welcher sich für dieses Amt zur Verfügung stellen wird.

Brunner Edwin, Präsident: Ein Dorfparlament sollte fähig sein, einen zweiten Kandidaten für das Amt als Stimmzähler stellen zu können.

Dörig Werner, FDP: Ich möchte meinen Unmut zum Ausdruck bringen über das Prozedere, welches heute im Saal stattfindet. Es macht einen unsäglichen Eindruck gegenüber der Öffentlichkeit, wenn man es nach einer halben Stunde Einwohnerratssitzung nicht schafft, den freien Sitz auf dem Podium zu besetzen. Ich habe auch andere Einwohnerratssitzungen im letzten Jahrhundert erlebt, als ich von 1996 bis 2005 Mitglied im Rat gewesen war. Ich kann mich nicht erinnern, dass das Amt des Stimmzählers in diesen Jahren jemals ein Thema gewesen wäre. Offenbar ist es heute nicht mehr möglich, anlässlich der Interfraktionellen Sitzung eine Einigung zu finden, sodass man hier ein schlankes Resultat präsentieren könnte. Es ist nicht in Ordnung, dass man hier vor der Öffentlichkeit diese Diskussion führt.

Lütolf Harry, CVP: Vor der Einwohnerratssitzung hat die Interfraktionelle Sitzung stattgefunden. Die Leitungen der Parteien und der Fraktionen haben sich getroffen und haben miteinander verschiedene Gespräche geführt. Man konnte sich bei den Themen auf etwa 95% einigen. Das Amt eines Stimmzählers ist dabei

offen geblieben. An dieser Stelle möchte ich Ihnen noch die Haltung der CVP zu dieser Thematik kundtun. Es hiess, dass die CVP dieses Amt übernehmen sollte, da dies seit 2 bis 4 Jahren nicht der Fall war. Bei der damaligen Zusammenkunft habe ich bereits dargelegt, dass die CVP mit der Wahl von Meinrad Meyer zum Präsident des Einwohnerrates bereits im Ratsbüro vertreten ist. Der Präsident beteiligt sich in der Regel nicht an Diskussionen. Wenn nun von uns erwartet wird, dass wir zusätzlich noch einen Stimmenzähler stellen, welcher bei Diskussionen ebenfalls nicht zur Verfügung steht, dann hätten wir nur noch fünf Leute, welche votieren könnten. Meine persönliche Meinung ist klar, dass die SVP, als grösste Fraktion, auch die besten Möglichkeiten hat, jemanden als Stimmenzähler zur Wahl vorzuschlagen. Die SVP soll somit einen Kandidaten stellen.

Brunner Edwin, Präsident: Ich frage nun noch einmal an, ob es einen weiteren Wahlvorschlag gibt. Wenn dies nicht der Fall ist, dann dürfen die Parteien bei einer letzten Pause noch einmal beraten. Im Anschluss wird die offizielle Wahl durchgeführt, bei welcher jeder einen Namen aufschreiben kann. Es findet ordentlich der 1. Wahlgang statt, bei welchem das absolute Mehr erreicht werden muss und bringt dies kein Ergebnis, findet noch der 2. Wahlgang statt.

Keller Samuel, FDP: Dass ich mich für das Amt als Stimmenzähler zur Verfügung stelle, hat einen politischen Hintergrund. Im Ratsbüro werden wichtige Entscheidungen gefällt. Die FDP hat keinen Sitz im Gemeinderat und mit der Einsitznahme im Ratsbüro erhält sie bessere Möglichkeiten an Informationen zu gelangen. Ich habe Gemeindeschreiben Christoph Weibel bereits mitgeteilt, dass wenn ich gewählt werde als Stimmenzähler, ich dann auch an allen Sitzungen des Ratsbüros teilnehmen werde. Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates (§ 21, Abs. 2) steht nämlich, dass wenn der Präsident und auch der Vizepräsident ausfallen würden, dann einer der Stimmenzähler die Funktion des Vorsitzenden übernimmt. Aus diesem Grund müssen die Stimmenzähler bestens informiert sein. Ich würde mich freuen über einen zweiten Stimmenzähler, welcher diese Aufgabe zusammen mit mir ausübt und das Ratsbüro stärkt. Wir sind das einzige Parlament, welches ein so schwaches Ratsbüro hat. In anderen Kantonen, anderen Gemeinden oder anderen Städten ist das Ratsbüro eines der begehrtesten Ämter.

*Da immer noch keine Partei einen Kandidaten für den zweiten Stimmenzähler möchte, unterbricht der Präsident die Sitzung erneut zum Beratungszweck.*

Brunner Edwin, Präsident: Ich stelle fest, dass leider noch immer kein Wahlvorschlag eingegangen ist.

Geissmann Thomas, FDP: Die vorliegende Situation ist peinlich für den Einwohnerrat. Ich schlage als Stimmenzähler Adrian Kündig, SVP, vor. Er übte das Amt schon aus. Wie mir zugetragen wurde – ich hoffe das stimmt – ist er bereit, das Amt weiterhin auszuüben. Ich bitte alle Ratsmitglieder seinen Namen bei der Wahl entsprechend auf dem Wahlzettel aufzuschreiben.

## Wahlprotokoll

für die Wahl von 2 Stimmenzähler/innen

Zahl der Anwesenden			38
Eingelegte Wahlzettel			38
abzüglich	ganz leere	.....1	
	ungültige	.....0	- 1
			<hr/>
<b>In Betracht fallende Wahlzettel</b>			<b>37</b>
Anzahl der zu Wählenden			2
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen			74

Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen -1

**Gesamtzahl der gültigen Stimmen** 73

**Absolutes Mehr:** Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2 19

Stimmen haben erhalten:	1	2	Stimmen	gewählt <input checked="" type="checkbox"/>
Samuel Keller			37	<input checked="" type="checkbox"/>
Adrian Kündig			36	<input checked="" type="checkbox"/>
Ruedi Donat			7	<input type="checkbox"/>
Daniel Meier			2	<input type="checkbox"/>
Roland Büchi			1	<input type="checkbox"/>
Michelle Gregor			1	<input type="checkbox"/>
Valentin Meier			1	<input type="checkbox"/>

Keller Samuel, FDP: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, es hat mich überrascht, dass ich hier noch einmal zur Wahl vorgeschlagen wurde, ich wusste gar nichts davon. Ich nehme die Wahl dankend an.

Kündig Adrian, SVP: Ich war informiert und nehme die Wahl auch an.

## Ersatzwahl von 1 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2018/2021

Matter Schlein Franziska, Grüne: Wie bekannt ist, ist Anna Keller aus der FGPK und somit auch als Präsidentin dieser Kommission zurückgetreten. Wir wissen, wie aufwändig sich das Amt in der FGPK gestaltet. Aus beruflichen und familiären Gründen müssen die anderen Parteimitglieder eine Kandidatur leider ausschliessen. Da wir davon überzeugt sind, dass das Amt im inneren Ring verbleiben sollte, möchten wir Beate Zimmermann, EVP, als Ersatzmitglied für die FGPK vorschlagen. Beate Zimmermann ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Sie wohnt seit 1995 in Wohlen. Sie arbeitet seit 2012 als Direktionsassistentin bei der Musikschule Wohlen. Vorher arbeitete sie im Sekretariat der Ref. Kirchgemeinde in Wohlen. Seit 2018 ist Beate Zimmermann Mitglied des Einwohnerrates sowie Mitglied der Einbürgerungskommission. Gerne erwähne ich auch ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten. Beate Zimmermann ist Mitglied der Synode der Ref. Landeskirche Aargau und seit Januar 2019 auch im Synodebüro tätig. Dazu ist sie Präsidentin des Trägervereins der ökumenischen Eheberatungsstelle Lenzburg- Freiamt – Seetal. Bei Beate Zimmermann handelt es sich um eine sehr geschätzte und kompetente Kollegin. Sie würde ihre Erfahrungen gerne in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission einbringen. Wir empfehlen Beate Zimmermann aus den genannten Gründen zur Wahl.

### Wahlprotokoll

für die Wahl von 1 Ersatzmitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2018/2021

Zahl der Anwesenden	38
Eingelegte Wahlzettel	38
abzüglich	
ganz leere .....	2
ungültige .....	-2
	36
<b>In Betracht fallende Wahlzettel</b>	<b>36</b>
Anzahl der zu Wählenden	1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen	36
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen	-0
<b>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</b>	<b>36</b>
<b>Absolutes Mehr:</b> Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2	19

Stimmen haben erhalten:	1	2	Stimmen
Beate Zimmermann			34
Ruedi Donat			1
Thomas Hoffmann			1

gewählt

Zimmermann Beate, EVP: Ich danke für Ihr Vertrauen und nehme die Wahl gerne an.

## Wahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Büchi Roland, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon schlägt Ihnen Peter Christen als Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vor. Peter Christen ist Fraktionspräsident der SVP im Einwohnerrat. Zudem ist er bereits Mitglied der FGPK. Er ist verheiratet, 52 Jahre alt, Ortsbürger und immer in Wohlen wohnhaft gewesen. Als ehemaliger Offizier der Schweizer Armee liegt ihm das Führen. Als ausgebildeter Wirtschaftsinformatiker ist er analytisches Denken gewohnt. Peter Christen arbeitet in einem internationalen Unternehmen mit einem weltweiten technischen Support. Wir sind überzeugt, Ihnen mit Peter Christen einen engagierten, interessierten und fähigen Nachfolger für das frei werdende FGPK-Präsidium zur Wahl vorzuschlagen. Ich bitte Sie, geben Sie Peter Christen Ihre Stimme.

### Wahlprotokoll

für die Wahl des Präsidenten der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Zahl der Anwesenden			38
Eingelegte Wahlzettel			38
abzüglich	ganz leere	.....3	
	ungültige	.....0	-3
			35
<b>In Betracht fallende Wahlzettel</b>			<b>35</b>
Anzahl der zu Wählenden			1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen			35
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen			-0
<b>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</b>			<b>35</b>
<b>Absolutes Mehr:</b> Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2			18

gewählt

Stimmen haben erhalten:	1	2	Stimmen	
Peter Christen			26	<input checked="" type="checkbox"/>
Simon Sax			8	<input type="checkbox"/>
Alex Stirnemann			1	<input type="checkbox"/>

Christen Peter, SVP: Ich habe mir lange überlegt, ob ich für dieses Amt kandidieren soll. Ich war mir nicht sicher ob es klappt. Umso mehr freue ich mich jetzt über diese Wahl. Ich danke allen, die mich gewählt haben und erkläre hiermit die Annahme der Wahl.

**Budget 2020 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14061)**

Keller Anna, Präsidentin FGPK: In zwei weiteren, mehrstündigen Sitzungen der FGPK mit Gemeindevorstandmann Arsène Perroud, Ariane Gregor, Gemeinderätin und Ressortvorsteherin Finanzen und Ressourcen, Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen, Roland Frick, neuer Leiter Finanzen und Gregor Kaufmann, bisheriger Leiter Finanzen, wurden die eingereichten Vorschläge für weitere Kürzungen im Budget 2020 ausführlich besprochen. Diese Vorschläge wurden von Teilen der FGPK, von Parteien und Politikern nach der letzten Einwohnerratssitzung dem Gemeinderat übergeben. In den Besprechungen zeigte sich, dass es viele Budgetposten gibt, denen Gesetze zugrunde liegen oder die durch Spezialfinanzierungen geregelt sind usw. und deshalb nicht einfach gekürzt werden können. Das vorliegende 2. Budget 2020 weist ein positives Gesamtergebnis von TCHF 2'529 aus und ist damit rund TCHF 395 besser als die erste Budgetvorlage. Das sind zusätzliche Einsparungen von ca. 1 1/3 Steuerprozent, allerdings nur, wenn man Verschiebungen auch als Einsparungen betrachtet. Die Gemeinde Wohlen ist, nach Meinung der FGPK, in der schwierigen Lage, dass das vorliegende Budget durchaus ausgewogen ist, aber daneben unsere Schulden weiter ansteigen, weil wir ja weiter am Investieren sind (siehe Bahnhof) und laut Finanzplan noch einiges auf uns zukommt. Das heisst, dass die Gemeinde weitere Gelder benötigt und benötigen wird. Leider fehlt uns eine gute Fee, die alles berappt. Darum muss die Gemeinde Wohlen dieses Geld anderweitig aufnehmen. Ein Steuerfuss von 115% wäre angesichts dieser Situation eigentlich wünschenswert um die Schuldenkurve flacher zu halten. Aber politisch ist das offensichtlich schwierig durchzubringen, wie die letztjährigen Abstimmungen zeigten. In der Kommission konnten wir uns letztlich auf einen Steuerfuss von 113% einigen, der von einer Mehrheit von links bis rechts, von SVP bis Grüne, unterstützt wird. So beantragt die FGPK dem Einwohnerrat die Annahme des vorliegenden Budgets 2020 mit einem Steuerfuss von 113% mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei zwei Abwesenden.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Ich danke er FGPK-Sprecherin und Präsidentin Anna Keller für ihre Ausführungen. Nach der Rückweisung der Budgetvorlage 2020 vom 14. Oktober 2019 durch den Einwohnerrat, hat der Gemeinderat die Vorlage nochmals überarbeitet. Eingeflossen in die Überarbeitete Version sind auch die Verbesserungsvorschläge der FGPK, der SVP und vom Einwohnerrat Harry Lütolf.

Mit dem Legislaturprogramm und dem Finanzplan verfolgt der Gemeinderat seine gesteckten Ziele. Der Einwohnerrat hat beide Arbeitsinstrumente wohlwollend zur Kenntnis genommen. Daraus schliesst der GR, dass die Marschrichtung stimmt. Alle Erkenntnisse aus den Planungsinstrumenten und das Wissen um die Finanzen lassen dem Gemeinderat keine andere Wahl, als bei einem Steuerfuss von 115% anzusetzen.

Gemeinde Wohlen

**Steuerfuss 115 %, d.h. Erhöhung um 5%, weil:**

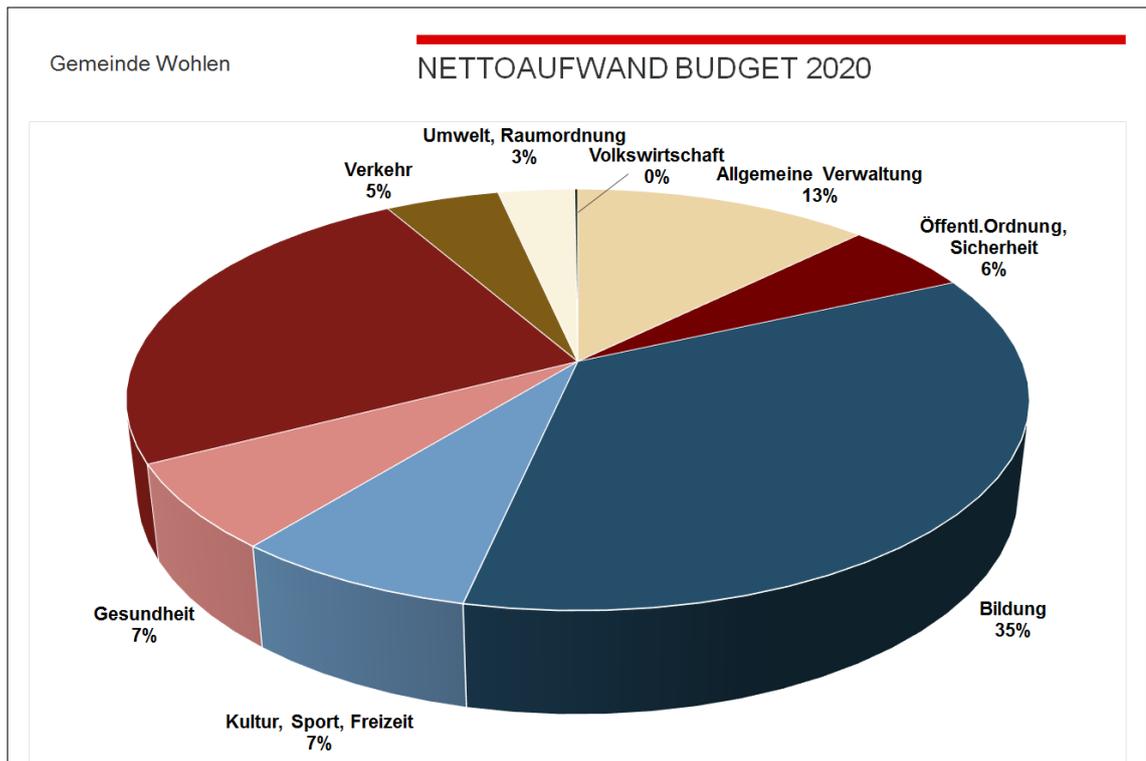
- Selbstfinanzierung verbessern
- im Legislaturprogramm angestrebte Eigenfinanzierung von jährlich 4 – 5 Mio. erreichen
- Priorität Investitionen im Bildungs- und Verkehrsbereich und Erhalt der Infrastruktur
- Vorausschauende, langfristig ausgerichtete Finanzpolitik
- Grosser Finanzierungsbedarf => steigende Zinsbelastung
- Wachsende gebundene Ausgaben

Wir müssen zwingend die Selbstfinanzierung verbessern, damit die Investitionen tragbar sind, damit wir unseren Enkeln nicht einen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Der Gemeinderat zeigt im Legislaturprogramm eine vorausschauende und realistische Haltung. Wir streben eine Eigenfinanzierung von CHF 4 bis 5 Mio. an. Der Gemeinderat setzt die Priorität klar im Bildungsbereich, den Erhalt der Infrastruktur und auch in den Verkehrsbereich. Vorausschauende Finanzpolitik, weil wir weitsichtige Optik haben müssen und nicht nur punktuell ein Jahr planen. Wir erkennen durch weitsichtige Planung rechtzeitig die Tendenz zur

hohen Verschuldung und können reagieren (mit 115%). Wir haben einen grossen Finanzierungsbedarf und zu wenig Eigenmittel für die Finanzierung. Der Schuldenberg wächst, was wiederum steigende Zinsbelastung nach sich zieht! Wir wissen nicht, wie sich die Zinsentwicklung in den nächsten Jahren verändert. Die gebundenen Ausgaben wachsen, viele sind ausserhalb des Einflussbereiches der Gemeinde. Das strukturelle Defizit der Gemeinde müssen wir mit dem erhöhten Steuerfuss, Einsparungen und Leistungsabbau ausgleichen. Unsere in den letzten 20 Jahren getätigten Investitionen dienen vor allem dem Wahlbedarf, für ein attraktives Wohlen. Was jetzt an Investitionen kommt, ist der dringend nötige Pflichtbedarf.

Gemeinde Wohlen			
GESAMTERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG			
ERFOLGSRECHNUNG			
Einwohnergemeinde (ohne SF)	Budget 2020	Budget 2019	Rechnung 2018
<b>Veränderung – Minderaufwand</b>			
<b>0120.3132.00 - Exekutive</b>			
Honorare Externe Berater, Gutachter	-10'000		
<b>0222.3130.01 - Abt. Planung, Bau, Umwelt</b>			
externe Unterstützung Baugesuche	-15'000		
<b>5450.3637.01 - Leistungen an Familien</b>			
Beiträge familienergänzende			
Kinderbetreuung	-50'000		
<b>6150.xxxx.00 - Gemeindestrassen</b>			
Planeraufwendungen T30-Zonen	-20'000		
Mattenhofweg, Bereich Badi-PP	-100'000		
Badi-Parkplatz Mattenhofweg	-200'000		
<b>Total Minderaufwand zur 1. Vorlage</b>	<b>-395'000</b>		
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-1'247'200	-2'112'000	-1'823'347
Operatives Ergebnis	543'100	-399'900	5'023'107
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2'529'900</b>	<b>1'768'200</b>	<b>7'373'447</b>

Bei einem Steuerfuss von 115% werden wir im Jahr 2020 einen Ertragsüberschuss von CHF 2,5 Mio. erzielen. Der Mehrertrag aus der 5%-igen Steuerfusserhöhung wird teilweise bereits durch die gestiegenen Kosten im Sach- und Betriebsaufwand beansprucht. Unsere Gemeinde wächst, so gibt es nicht nur mehr Steuereinnahmen, sondern auch steigenden Verwaltungsaufwand. Der Gemeinderat hat im Vergleich zur 1. Vorlage CHF 395'000 eingespart. Es sind verschobene Einsparungen, also Ausgaben, die wir trotzdem irgendwann tätigen müssen. Hinzukommen Minderaufwendungen infolge Neuerkenntnissen und Kürzungen resp. Verzicht. Durch diesen eingesparten Minderaufwand verbessert sich das Finanzierungsergebnis ein wenig. Zwei weitere Neuerkenntnisse müssen erwähnt werden, sie sind allerdings nicht in den Zahlen abgebildet, weil sie neu sind: Zum einen ist es eine Betriebsbeitrags-Erhöhung von CHF 40'000 an die Sportpark Bünz matt AG, und eine Veränderung der Verwaltungsentschädigung von CHF -21'000 gemäss Beschluss der Ortsbürgergemeindeversammlung vom 2. Dezember 2019.



Es ist immer wieder spannend, wie wenig sich dieser Kuchen verändert. Eigentlich haben wir sehr wenig Einfluss beim Aufteilen in die Kuchenstücke. Schule und soziale Sicherheit bestimmen schon knapp 60% der Ausgaben. Seite 46 im Budget sehen Sie den Zusammenschluss der Bereiche mit den Zahlen. Viele Ausgaben unterliegen gesetzlichen Bestimmungen oder ausserhalb des Einflussbereiches der Gemeinde, sowie der Erfüllung selbstgewählter, beschlossener Ausgaben.

Gemeinde Wohlen

### VERÄNDERUNG NETTOAUFWAND/ERTRAG

Abteilung	Budget 2020	Budget 2019	Veränderung	%
Allgemeine Verwaltung	5'968'400	6'160'500	- 192'100	- 3,1 %
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	2'612'400	2'737'600	- 125'200	- 4,6 %
Bildung	16'646'400	15'390'400	+ 1'256'000	+ 8,2 %
Kultur, Sport und Freizeit	3'489'100	3'165'200	+ 323'900	+ 10,2 %
Gesundheit	3'099'700	2'950'700	+ 149'000	+ 5,1 %
Soziale Sicherheit	11'527'100	11'473'100	+ 54'000	+ 0,5 %
Verkehr	2'292'500	2'044'300	+ 248'200	+ 12,1 %
Umweltschutz und Raumordnung	1'542'900	1'450'600	+ 92'300	+ 6,4 %
Volkswirtschaft	Nettoertrag 61'400	Nettoaufwand 90'000	- 151'400	- 168,2 %
Finanzen und Steuern (Nettoertrag)	47'117'100	45'462'400	+1'654'700	+ 3,6 %

Der Budgetvergleich 2019 bis 2020 zeigt folgendes Bild:

**Allgemeine Verwaltung:** Veränderung, weil geringere planmässige Abschreibungen, Einführung der Mahngebühren, Verrechnung der Informatik

**Öffentliche Ordnung und Sicherheit:** weil Gemeindeanteil Repol, Feuerwehr und RSO/ZSO geringer ausfällt und im Betriebsamt ein Mehrertrag resultiert

**Bildung:** Erhöhung, weil Besoldungsanteile anders verrechnet werden, im baulichen Unterhalt Mehrkosten entstehen werden, Anschaffungen und das Jugendfest (alle drei Jahre) berechnet werden, der Benützungsteil der Hofmatten und Mieten höher ausfallen, sowie Schulgelder, Dienstleistungen und die Verrechnung der Informatik ansteigen, etc.

**Kultur, Sport und Freizeit:** höherer Nettoaufwand um CHF 323'900 primär infolge Anstieg Abschreibungsaufwand (1. Tranche Badi)

**Gesundheit:** die Pflegefinanzierung steigt deutlich an

**Soziale Sicherheit:** spannend zu sehen, dass ein Rückgang des Nettoaufwandes bei der gesetzlichen Wirtschaftlichen Hilfe, im Asylwesen und Alimenten Bevorschussung prognostiziert wird, jedoch zeigt sich ein Mehraufwand bei den Restkosten Sonderschulung, den Leistungen an Pensionierte, Familien und die Verlustscheine der Krankenkassenprämien.

**Verkehr:** da zeigt sich ein Mehraufwand vor allem wegen Sanierung der Kantonsstrassen

**Umwelt und Raumordnung:** wir verzeichnen einen Mehraufwand beim Friedhofunterhalt und Raumordnung

**Volkswirtschaft:** weniger Ausgaben beim Standortmarketing und dem Unterhalt Flurwege/ Drainagen

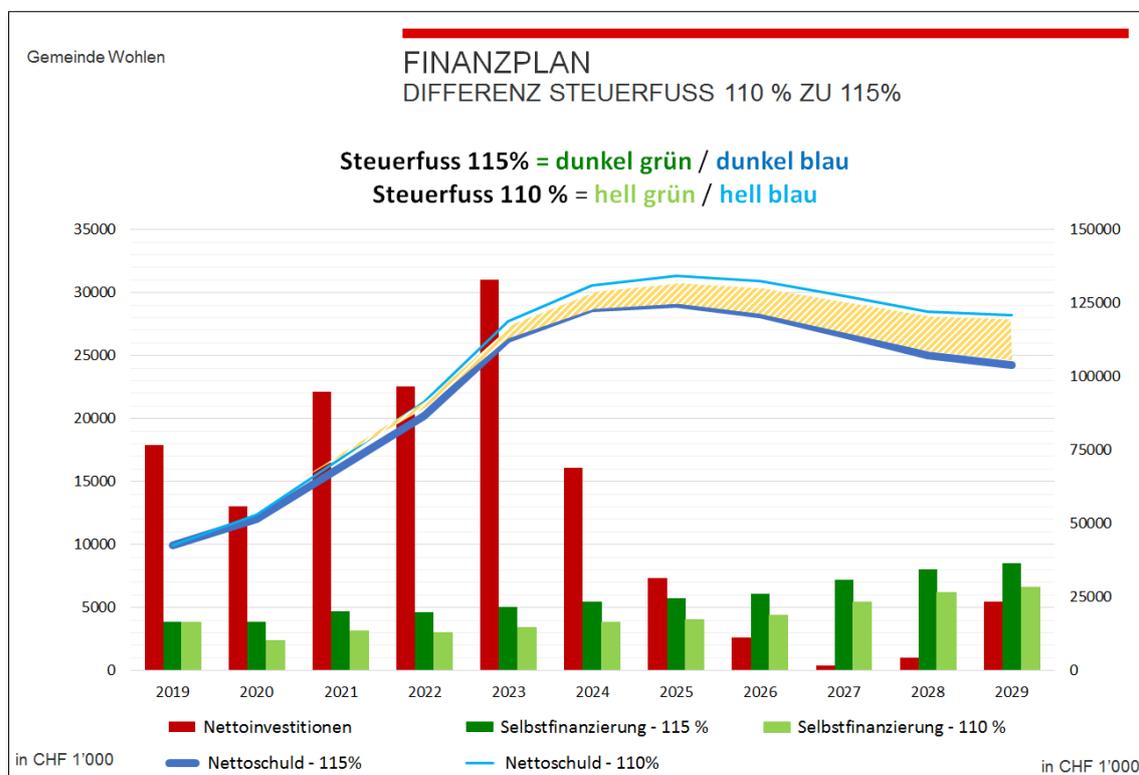
**Finanzen und Steuern:** berechnet sind Mehreinnahmen wegen Steuerfusserhöhung, Mehrertrag bei Sondersteuern und Finanz- und Lastenausgleich, sowie ein rückläufiger Zinsertrag.

Gemeinde Wohlen			
GESAMTERGEBNIS INVESTITIONSRECHNUNG			
INVESTITIONSRECHNUNG	Budget 2020	Budget 2019	Rechnung 2018
Einwohnergemeinde (ohne SF)			
<b>Veränderung – Mehrausgaben</b>			
<b>1506.5060.05 - Reg. Feuerwehrorganisation</b>			
Ersatzbeschaffung Verkehrsabt.Fahrzeug			
Anschaffung abzüglich Subvention AVA	76'300		
<b>7410.5020.05 - Gewässerverbauungen</b>			
Bachöffnung Wohlerbergbach	120'000		
<b>Total Mehrausgaben zur 1. Vorlage</b>	<b>196'300</b>		
Investitionsausgaben	11'480'300	15'770'700	16'964'785
Investitionseinnahmen	3'500'000	-	243'613
Ergebnis Investitionsrechnung	-7'980'300	-15'770'700	-16'721'172
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>4'340'000</b>	<b>3'870'400</b>	<b>9'308'202</b>
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>-3'640'300</b>	<b>-11'900'300</b>	<b>-7'412'970</b>

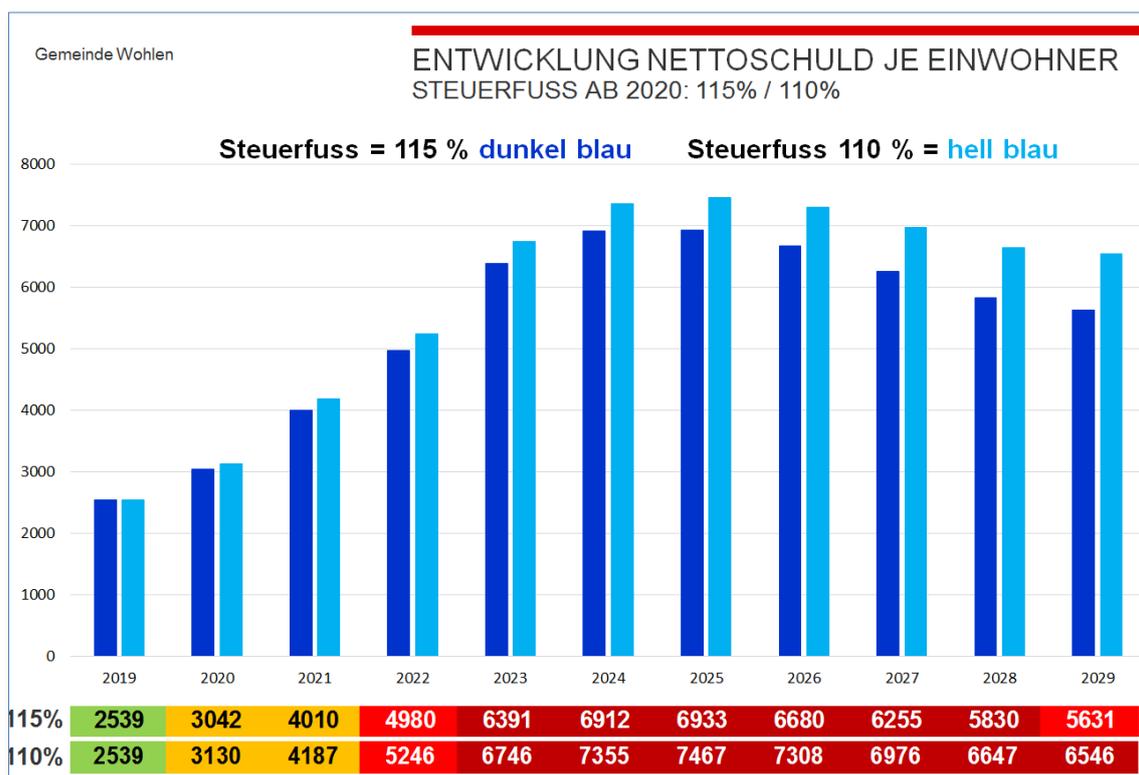
Wir planen im Budget 2020 mit Investitionen von CHF 11,5 Mio. Davon können wir bei einem Steuerfuss von 115% mit einer Selbstfinanzierung von knapp CHF 4,3 Mio. rechnen.

Abzüglich der Investitionseinnahmen bleibt ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 3,64 Mio., was wiederum heisst, dass die Schulden ansteigen.

Bei einem Steuerfuss von 110% haben wir einen Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 5,3 Mio. Jeder Finanzierungsfehlbetrag schenkt in den Folgejahren ein! Aus der Langfristbetrachtung ist es nicht verantwortbar, den Steuerfuss bei 110% zu belassen.



Wir stehen vor gewaltigen Pflichtinvestitionen, die vom Einwohnerrat noch nicht bewilligt, aber trotzdem anstehen. Im Jahr 2025 erreichen wir eine Nettoschuld von über CHF 120 Mio. Betrachten Sie die hellblaue (Steuerfuss 110%) und dunkelblaue Linie (Steuerfuss 115%). Das gelschraffierte Feld macht deutlich, wie sich die Verschuldung erhöht! Aufgaben sind auf ihre Notwendigkeit und Tragbarkeit zu prüfen. Anhand dieser Grafik wird deutlich, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen notwendig sind, zumal die bevorstehenden Investitionen fast ausschliesslich zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde gehören. Wie im Legislativprogramm erwähnt, will der Gemeinderat das Leistungsangebot aufrechterhalten und die Infrastruktur zeitgemäss modernisieren – dies mit einem ausgeglichenen Finanzhaushalt. Deshalb und im Sinne einer weitsichtigen Finanzpolitik beantragt der Gemeinderat mit dem vorliegenden Budget nochmals den Steuerfuss um 5% auf 115% zu erhöhen.



Auch mit höheren Steuererträgen erachten es der Gemeinderat und auch die Verwaltung nach wie vor als ihre Pflicht und Daueraufgabe, mit den verfügbaren Mitteln sparsam und haushälterisch umzugehen.

Selbst mit dem erhöhten Steuerfuss und auch Mehrerträgen wie der Aufwertungsreserve (knapp CHF 2 Mio.) und dem Finanz- und Lastenausgleich (CHF 4.45 Mio.) steht der Wohler Finanzhaushalt in den kommenden Jahren vor sehr grossen Herausforderungen. Zusätzlich zu den beschlossenen, laufenden Investitionsvorhaben im Bereich Freizeit und öffentlicher Verkehr, stehen zahlreiche, dringende Vorhaben in den Werterhalt, wie auch neue Projekte für die Schulinfrastruktur an. Um diese wichtigen Pflichtvorhaben umzusetzen, bedarf es zwingend einer ausreichenden Selbstfinanzierung, ansonsten sind die Vorhaben nicht realisierbar – respektive der Schuldenanstieg nicht mehr verantwortbar. Und deshalb rechnet der Gemeinderat in den nächsten Planjahren mit einem Steuerfuss von 115%.

Heute geht es darum, vertieft hinzuschauen, aus den Zeichen die unsere Finanzplanung aufzeigt die realistischen Schlüsse zu ziehen. Das Budget 2020 ist nur 1/10 in der Langfristplanung. Leider ist es nicht nachhaltig, den Steuerfuss bei 110% zu belassen. Es wäre für unsere zukünftig geplante Strategie fahrlässig. Deshalb bitte ich den Einwohnerrat das Budget mit einem Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

### Fraktionsmeinungen

Geissmann Thomas, FDP: Um es gleich vorweg zu nehmen. Wir sind frustriert und zutiefst enttäuscht vom Gemeinderat. Sein stures Festhalten an einem Steuerfuss von 115% zeugt von einem völlig verqueren Demokratieverständnis. Im November 2018 und ein zweites Mal deutlich im März 2019 hat das Wohler Stimmvolk einen Steuerfuss von 115% abgelehnt. Auch der Regierungsrat hat im Juni den Steuerfuss von 115% abgewiesen und damit den Steuersatz für dieses Jahr endgültig auf 110% festgesetzt. An der letzten Einwohnerratssitzung im Oktober wurde das Budget 2020 zurückgewiesen mit der Aufforderung zur Überarbeitung und Festsetzung des Steuerfusses auf 113%. Viermal kassierte der Gemeinderat die unmissverständliche Botschaft: kein Budget mit 115%. Und was macht der Gemeinderat? Er verteidigt seinen Entscheid mit den künftigen hohen Investitionen und argumentiert, wir hätten den Finanzplan ja gutgeheissen. Lieber Gemeinderat, der Finanzplan ist eine Kenntnisnahme. Daraus abzuleiten, dass wir alle aufgeführten Investitionen akzeptiert hätten, ist falsch und arglistig. Seien wir ehrlich. Der Gemeinderat weiss haargenau, dass das vorliegende Budget mit einem Steuerfuss von 115% ein weiteres Mal vor dem Volk Schiffbruch erleidet. Die Ertragsüberschüsse der beiden Jahre 2019 und 2020 sind praktisch dieselben. Das Stimmvolk sagte das letzte Mal mit fast 64% deutlich Nein zu einem Steuerfuss von 115%. Der Gemeinderat sieht

eine Chance, dass diesmal der Regierungsrat zu einem anderen Ergebnis kommt und die Steuerfusserhöhung durchwinken wird. Unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte vertrauen dem Regierungsrat mehr als dem eigenen Stimmvolk. Was ist davon zu halten? Wenn der Gemeinderat einen Steuerfuss unter 115% nicht verantworten kann und lieber weiter Entscheide des Stimmvolkes ignoriert, sollte er das Feld räumen für Politiker, welche die Bedeutung von Demokratie kennen. Demokratie heisst Herrschaft des Volkes. Sie verpflichtet Mandatsträger, sich dem Willen des Volkes zu unterwerfen. Das ist nicht immer schön, so ist unser Staat aber aufgebaut. Der Gemeinderat spricht von hoher Ausgabendisziplin und hohem Kostenbewusstsein. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Auch vier Jahre nach Überweisung der Motion AHA zur Überprüfung der Gemeindeausgaben und -aufgaben zielt sich der Gemeinderat mit der Umsetzung. Das wirkt nicht vertrauensfördernd. Unsere Fraktion wird in der Detailberatung einige Kürzungsanträge stellen. Ein Steuerfuss über 113% ist für uns inakzeptabel.

Dietrich-Meyer Stefanie, CVP: So, jetzt schaffen wir es doch noch unsere Arbeit zu machen und über das Budget 2020 zu diskutieren. Die finanzielle Lage unserer Gemeinde hat sich immer noch nicht verbessert und wir stehen wieder am gleichen Punkt wie vor einem Jahr. Uns liegt das Budget 2020 mit einem Steuerfuss von 115% vor. Wir hatten schon im Oktober und auch letzte Woche lange Diskussionen bei uns in der Fraktion über den Steuerfuss und was jetzt sinnvoller ist, 113% oder 115%. Klar ist für alle, er muss sich dringend erhöhen. Das Volk hat zum Budget 2019 zweimal Nein zu den 115% gesagt und dann haben wir noch eine Ohrfeige vom Regierungsrat erhalten. Einige glauben nun für 2020, dass ein Steuerfuss von 113% eine grössere Chance hat als einer mit 115%, die anderen glauben, dass es eigentlich nicht darauf ankommt, mit welcher Erhöhung wir in die Volksabstimmung gehen. Aber was nützen all diese Spekulationen schon. Wir wollen nicht absichtlich gegen den Strom, gegen das Volk, schwimmen aber unsere Fraktion ist überzeugt, dass wir diese Einnahmen für die kommenden Projekte brauchen. Man sieht es ja an den Zahlen und Tabellen des Finanzplans für die nächsten 10 Jahre. Wir haben einige Projekte die schon beschlossen sind und einige Projekte mit hohen Investitionen die geplant sind und auch dringend ein Ja brauchen. Es wurde einige Jahrzehnte nichts in unsere Gemeinde investiert und jetzt kommt halt die Quittung; alles wird immer dringender und droht zum Teil aus dem Ruder zu laufen! Ja, die Schulden werden noch mehr steigen und Ja deswegen brauchen wir Geld und Ja die Steuern müssen dafür leider erhöht werden! Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt drastisch in den nächsten Jahren! Bei einer Erhöhung auf 115% bedeutet das für 75% der Wohler Bevölkerung, welche ein Steuerbares Einkommen UNTER 75'000 haben, max. CHF 150.00 pro Familie mehr Steuern. Wir sind überzeugt, die Wohler-Bevölkerung befürwortet ein neues Schulhaus in der Halde oder die neuen Hofmatten-Turnhallen, so wie sie auch der Renovation der Badi und der neuen Eishalle zugestimmt haben. Wir können nicht alles bestellen und erst anfangen zu sparen, wenn die Rechnungen auf dem Tisch liegen. Ich nehme an, das machen Sie privat auch nicht. Die CVP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und die Ausarbeitung des Budgets 2020 und wird dies zum Teil mit einem Steuerfuss von 115% und zum Teil mit 113% unterstützen.

Stirnemann Alex, SP: Für die zweite Version des Budgets 2020 hat der Gemeinderat, nach der Rückweisung mit dem Auftrag nach weiteren Einsparungen zu suchen, das Budget nochmals überarbeitet. Die getätigten Veränderungen gegenüber der ersten Vorlage sind minim. Der grosse Posten, den Unterhalt im Bereich Mattenhofweg beim Schwimmbad wurde gestrichen, was nicht bedeutet, dass sich dieser Unterhalt in Luft aufgelöst hätte. Auch diese Arbeiten werden kommen und müssen berappt werden. Da es sich jedoch hauptsächlich um Belagssanierungen handelt und nicht auch wie z.B. Werkleitungen betroffen sind, sehen wir diesen Entscheid als verantwortbar. Das Budget als Ganzes wurde von der FGPK umfassend und detailliert geprüft. Fragen, welche sich auch die SP Fraktion stellte, wurden beantwortet. Das Budget lässt leider wenig Raum um grosse Sprünge zu machen, für die Sprünge sind vor allem Investitionen wie der Bahnhof oder Schwimmbad/Eishalle zuständig. Die aufgezeigten Reduktionen auf der Ausgabenseite bleiben reine Kosmetik, unser Problem ist damit kein bisschen mehr gelöst worden. Das Problem liegt im nötigen Investitionsbedarf der kommenden 5 bis 10 Jahren respektive dessen Finanzierung. Bei diesen Investitionen handelt es sich jedoch nicht um Grosse Sprünge, es handelt sich um Standardbedarf wie genügend Schulraum und Turnhallen sowie umfassende Projekte in der Verkehrsinfrastruktur. Wer dies nach wie vor nicht erkennt, schaut den Tatsachen nicht in die Augen. 60% und damit die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung hat zum Budget 2019 mit Steuerfuss 115% Nein gesagt, die Minderheit von 40% hat zugestimmt. 40% teilten die Einschätzung der Mehrheit des Einwohnerrates und standen für eine nachhaltige Finanzierungsstrategie der Investitionen ein. Sie haben ihre Stimme 115% gegeben, da sie der nächsten Generation in 30 Jahren nicht zumuten wollen, Investitionen vorzunehmen und im Rücken bereits eine hohe Verschuldung vorzuweisen. Wir haben die Möglichkeit, diese hohe Verschuldung auf einem Niveau zu halten, welches vertretbar ist und mit einem erhöhten Steuerfuss innert absehbarer Zeit auf ein verantwortbares Niveau zurückgeführt werden kann. Betrachtet man die Kurven der Nettoverschuldung über die nächsten zehn Jahre, berechnet mit dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steuerfuss von 115%, so sind wir gar geneigt zu sagen, dass mehr als 115% wohl noch sinnvoller wäre. Jedes Prozent

mehr, lässt die Schulden weniger ansteigen und verringert die Schuld aufgrund tieferer Verschuldung und Zinslast überproportional schnell. Bleibt man jedoch unter dem geforderten Steuerfuss, so bedient man mit den Steuererträgen zu einem viel zu grossen Teil die Schuldzinsen. Das ist in unseren Augen eine Finanzpolitik, die nicht vertretbar wäre. Die SP steht in Anbetracht eines längerfristig potentiell steigenden Zinsniveaus und einem bestehenden Risiko auf der Ertragsseite (z.B. Stichwort Grüngutentsorgung), auch bei dieser Vorlage mehrheitlich zu einem Minimalsteuerfuss von 115%.

Sax Simon, GLP/EVP: Vielen herzlichen Dank an alle Beteiligten für die Ausarbeitung des ersten und des zweiten Budgets und ebenso der FGPK für ihre geleistete Arbeit und die Erstellung des entsprechenden Berichtes dazu. Was ist der Unterschied von der ersten Variante zur zweiten Variante? Im Wesentlichen besteht die Korrektur in der Verschiebung der Sanierung der Parkierungsfläche am Mattenhofweg. Dies bedeutet für uns somit keine eigentliche Ersparnis, sondern einfach eine Verschiebung in die Zukunft. Wo liegt denn das Problem von Wohlen? Wohlen hat ein Einnahmeproblem und nicht ein Ausgabenproblem. Kleine Einsparungen, welche in der Regel nur Verschiebungen sind, ändern nichts an der düsteren Situation von Wohlen. Wie sieht es denn in der Zukunft aus? Wie der Finanzplan aufzeigt, werden grosse Investitionen und somit auch grosse finanzielle Verpflichtungen auf uns zukommen. Dies ist aufgrund unserer tiefen und ungenügenden Selbstfinanzierung nur möglich, wenn wir unsere Schulden stark erhöhen. Wie kommt Wohlen denn nun zu den notwendigen Einnahmen? Die aktuelle Bevölkerungsstruktur mit dem vergleichsweise tiefen Pro-Kopf-Steuerertrag mag diese zusätzlichen Einnahmen nicht generieren. Es bleibt als einzige Stelle, an welcher „geschraubt“ werden kann, der Steuerfuss. Wie hoch soll der Steuerfuss denn jetzt sein? Unsere Fraktion ist sich einig, dass betriebswirtschaftlich ein Steuerfuss von mindestens 115% nötig ist, damit der Schuldenanstieg und somit auch die Schuldenübertragung an die nachfolgenden Generationen gebremst werden kann. Ist ein Steuerfuss von 115% denn mehrheitsfähig? Wir haben leider letztes Jahr erfahren, dass das Volk Nein gesagt hat zu einem Steuerfuss von 115%. Im klaren Wissen darum, dass Wohlen einen solchen Steuerfuss eigentlich benötigt, haben wir uns zu einem Zwischenschritt durchringen können. Wir werden für ein Budget 2020 mit einem Steuerfuss von 113% stimmen. Wir sind vorsichtig/pessimistisch, dass das Volk überhaupt Ja sagt zu irgendeiner Erhöhung des Steuerfusses. Wir geben dem Volk jedoch gerne die Chance, ein Ja zu einer gestaffelten Steuerfusserhöhung geben zu können.

Christen Peter, SVP: Das Budget 2020 Version 2 des Gemeinderates ist de facto dasselbe Budget wie vorher. Es wurden Projekte hinausgeschoben und damit konnten für dieses Jahr CHF 300'000 eingespart werden. Diese Kosten fallen jedoch einfach in einem anderen Jahr an. Für uns hat sich an der Situation überhaupt nichts geändert. Wir sprechen über das gleiche Budget. Die SVP hat anlässlich der ersten Budgetdiskussion einen Steuerfuss von 110% vertreten. Das Volk war auf unserer Linie. Der Regierungsrat war auf unserer Linie. Für uns ist ganz klar, dass wir im Moment – ich spreche nicht für die Zukunft – mit einem Steuerfuss von 110% leben können. Uns ist klar, dass in Zukunft – mit der Erstellung von weiterem Schulraum im Umfang von CHF 50 bis 60 Mio. – enorme finanzielle Belastungen auf uns zukommen werden. Aber auch dort sind pragmatische Lösungen wichtig. Man muss nicht jeden Trend mitmachen, was im Moment angedacht ist mit Lernoasen und Input-Zimmern. Wir sind alle im normalen Schulraum mit Bänken und Stühlen erwachsen geworden. Ich sehe keinen Grund, weshalb dies nicht aus in Zukunft so weitergehen könnte. Deshalb werden wir erneut vehement für ein Budget mit einem Steuerfuss von 110% eintreten.

Keller Anna, Grüne: Wir sind mit der Verarbeitung des vorliegenden Budgets einverstanden, obschon auch wir erkennen, dass der Posten „Unterhalt“ einfach verschoben wurde. Wie bereits diverse Vorredner bereits erwähnt haben, werden diese Posten zu einem späteren Zeitpunkt wieder kommen. Wir sind mit einem Kompromiss und einer damit verbundenen Lösungsfindung – einem Steuerfuss von 113% – einverstanden, auch wenn es uns besser gefallen würde, wenn wir mehr Eigenmittel zur Verfügung hätten. Allerdings sind wir klar der Meinung, dass es sich vorliegend lediglich um einen Zwischenschritt handelt und werden in nächsten Budget einen zweiten Schritt verlangen. Wir benötigen bei den anstehenden Investitionen mit Sicherheit mehr Eigenmittel. Weiter würden wir es begrüssen, wenn im nächsten Budget ersichtlich ist, welche Aufgaben hinter welchen Posten stehen verbunden mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen. So kann man die Anträge entsprechend stellen, ohne dass wir uns anhören müssen was alles nicht möglich ist.

## **Einzelvoten**

Hoffmann Thomas, FDP: Ich danke Anna Keller für ihre Werbung betreffend der Motion „AHA“. Das ist nämlich genau das, was gefordert ist und was der Gemeinderat in der Schublade versorgt hat. Wenn ich mir das Gejammer des Gemeinderats und von gewissen Parteien anhöre, dann muss ich doch etwas dazu sagen. Ich hatte mir zwar geschworen, dass ich im Einwohnerrat nie auf meine persönlich Situation eingehen werde. Ich wohne in einem Einfamilienhaus, welche jedoch zu gross ist für unsere Familie und ich

habe die Hypothek bis „unters Dach“. Es ist sehr teuer, aber es handelt sich halt um gebundene Ausgaben, gegen welche man nicht tun kann. Ich fahre zwei Autos, einen SUV und einen Kleinwagen. Beide Fahrzeuge sind geleast. Die Fahrzeugsteuern sind, vor allem für den SUV, sehr hoch. Ebenso ist der zu zahlende Betrag für das Leasing hoch. Aber auch dies sind gebundene Ausgaben und ich kann nichts dagegen machen. Die Krankenkassenprämien für fünf Personen, privat versichert, sind auch gebundene Ausgaben. Auch haben wir eine Ferienwohnung in den Bergen. Wir sind zwar selten dort, die Wohnung wird zu wenig genutzt, aber hier handelt es sich um gebundene Ausgaben. Nun habe ich einen Vergleich mit meinem Nachbarn angestellt. Dieser besitzt sogar zwei grosse Autos, eine Ferienwohnung in den Bergen und sogar noch eine am Meer. Ich stelle somit fest, dass ich ein Einnahmeproblem und nicht ein Ausgabenproblem habe. Ich muss meinen Kunden also mitteilen, dass sie mehr bezahlen müssen, damit ich meine Ausgaben decken kann. Jetzt kommt jedoch der Geistesblitz: Ich könnte nämlich auch einmal meine Ausgaben überprüfen und mich fragen, ob es auch anders gehen würde. Es stellt sich die Frage, ob alle Ausgaben gerechtfertigt sind oder vielleicht die Verträge gekündigt werden könnten. Könnte etwas angepasst werden oder die Wohnung zum Beispiel untervermietet werden. Solange ich diese Aufgabe nicht gemacht habe, habe ich ein Ausgabenproblem und nicht ein Einnahmeproblem.

Geissmann Thomas, FDP: Mein Berufsstolz als Finanzspezialist zwingt mich an dieser Stelle doch noch etwas zu sagen. Im Bericht und Antrag steht folgendes: *„Mit der Umstellung des Rechnungsmodells von HRM1 auf das HRM2 ab dem Jahr 2014 erfolgen die Abschreibungen linear nach der Nutzungsdauer. Dies führt zu einer starken Erstreckung der Abschreibungsdauern und bedeutet, dass die Abschreibungen geringer ausfallen, dass mit der Umstellung von HRM1 auf HRM2 weniger Abschreibungen nötig seien, weil die Nutzungsdauer höher ist. Dadurch wird deutlich weniger Cash Flow generiert, als dies unter der bisherigen degressiven Abschreibung auf dem Buchwert der Fall war. In der Regel wird deshalb der Cash Flow unter HRM2 nicht ausreichen, um eine vernünftige Eigenfinanzierung zu gewährleisten. Es sind zwingend Ertragsüberschüsse zu erwirtschaften, um eine angemessene Selbstfinanzierung der Investitionen zu erzielen.“* Diese Aussage ist ein fixfertiger Blödsinn und stimmt natürlich überhaupt nicht. Dies würde ja bedeuten, dass wenn man weniger abschreibt hat man mehr in der Kasse. Es ist für mich unverständlich, dass sowas durch alle Kommissionen und durch den Gemeinderat geflossen ist und niemand bemerkt hat, dass dies nämlich überhaupt nicht stimmt.

## Detailberatung

### Seite 45, Konto 1.0111.3130.02 Mitglieder-, Verbandsbeiträge

Büchi Roland, SVP: Wir stellen hier den Antrag um eine Kürzung von CHF 9'700. Wir fragen uns, welcher konkrete Nutzen daraus für die Gemeinde Wohlen als Mitglied im Städteverband ergeht. 144 Städte und Gemeinden sind in diesem Verband Mitglied. Im Jahr 2017 hat der Verband einen Betrag von über CHF 2 Mio. eingenommen. Für was?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Schweizerische Städteverband vertritt Gemeinden und Städte ab einer gewissen Grösse. Fast  $\frac{3}{4}$  der Schweizer Bevölkerung lebt in Städten. Die urbanen Gebiete zeigen sich sehr wichtig für die Wirtschaftsleistung, welche in unserem Land erbracht wird. Dies kommt schlussendlich der ganzen Schweiz zu Gute. Die Bedeutung der Städte wird für unser Land zunehmend grösser werden. Ebenso wächst die Anzahl der Menschen, welche in den urbanen Zentren leben. Der Städteverband vertritt gegenüber der Politik, zum Beispiel des nationalen Parlaments, im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses, die Interessen der urbanen Baugebiete und Städte. Es geht um Finanzen, Verkehr, Raum, Siedlungspolitik, Familienpolitik oder auch Kulturpolitik. Selbstverständlich wird der Verband nicht aufgelöst, wenn die Gemeinde Wohlen austreten würde. Die Gemeinde Wohlen ist nicht so bedeutend, dass sie zwingend dabei sein müsste. Schlussendlich ist es für uns wichtig, dass wir einen Verband haben, welcher auch unsere Interessen als mittelgrosse Schweizer Stadt oder als viertgrösste Gemeinde im Kanton Aargau gegenüber der nationalen Politik vertritt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die Investition des Betrages von knapp CHF 10'000 in diese Mitgliedschaft beim Städteverband sicher gerechtfertigt ist. Der Städteverband gibt verschiedene Publikationen heraus, welche man dazu lesen kann oder man kann verschiedene Tagungen besuchen. Dies sind weitere Leistungen, welche der Städteverband erbringt. Ich möchte zudem anbringen, dass wenn Sie diesem Kürzungsantrag zustimmen, dass dieser dann erst auf das Budget 2021 wirksam werden kann, da die Mitgliedschaft, gemäss den Statuten, erst auf das Jahresende mit einer Frist von sechs Monate künden kann. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Antrag der SVP nicht stattzugeben.

Christen Peter, SVP: Ich habe eine Frage zum Votum von Arsène Perroud. Ich möchte wissen, wo die Gemeinde Wohlen in den vergangenen Jahren einen Nutzen von dieser Mitgliedschaft im Betrag von CHF 9'700 erfahren hat. Gibt es hier etwas?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Selbstverständlich ist dies so. Es sind verschiedene Fachschriften erstellt worden, wenn es um Vernetzung geht oder beispielsweise wenn es um Mobilität im urbanen Raum geht. Weiter hatten wir einen indirekten Nutzen von der Einbringung des Städteverbandes in Gesetzgebungsprozessen. Zudem besuchten wir zahlreiche Tagungen, zum Beispiel zum Thema Sozialpolitik. Es gibt zahlreiche kleine Anknüpfungspunkte. Es handelt sich vorliegend um eine Mitgliedschaft bei einem Verband, welcher die Interessen der Gemeinde Wohlen vertritt und man profitieren kann. Das ist der Hauptzweck und der Gemeinderat ist der Meinung, dass uns dies etwas Wert sein muss. Es handelt sich auch um einen Akt der Solidarität gegenüber von anderen Gemeinden und Städten. Es sind zudem alle grossen Aargauer Städte Mitglied beim Städteverband. Wir wären wohl die ersten, welche nicht mehr dabei wären. Wenn jemand schon unsere Interessen vertritt, sind wir auch der Ansicht, dass dies mit einer Mitgliedschaft honoriert werden sollte.

## **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.0111.3130.02 sei um CHF 9'700 zu kürzen*

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

## **Seite 47, Konto 1.0220.3130.02 Portokosten**

Hoffmann Thomas, FDP: Ich möchte gerne, dass man die Postzustellung der Einwohnerratspost in Papierform an den Einwohnerrat abschafft. In Zukunft soll dies nur noch auf elektronischem Weg erfolgen. Das Ziel sind Einsparungen bei den Drucksachen, Porto, Personalauslagen, Kosten für Kuverts etc. im Minimalbetrag von CHF 6'000. Ich appelliere an die Grünen und Linken daran zu denken, wie viel weniger Kopierstaub beim Druck von Broschüren anfällt, wie viel weniger Papier es braucht und weniger Porto bzw. weniger CO<sup>2</sup> bei der Post anfällt. Weiter stört mich das Plastik bei den Fensterkuverts.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wenn ich hier in die Runde schaue, dann ist es leider noch so, dass ganz viel Papier auf den Tischen liegt und nur wenige elektronisch arbeiten. Der Kürzungsantrag, dass die Einwohnerratspost nicht verschickt wird, verlagert einfach den Papierverbrauch, den Druckstaub usw. nach Hause zu den Einwohnerräten, welche die Unterlagen dann wieder ausdrucken. Es gibt jedoch noch ein anderes Problem, weshalb wir davon absehen möchten. Wir sind verpflichtet, alle Unterlagen den Einwohnerratsmitgliedern zuzustellen. Wir stellen jedoch fest, dass oftmals die E-Mailadresse der Mitglieder nicht stimmen oder nicht bewirtschaftet werden. Die Sicherstellung ist somit nicht vollständig gegeben. Wir haben als Gemeindeverwaltung natürlich den Auftrag, allen diese Post pünktlich zuzustellen. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir das nicht. Es benötigt vermutlich auch andere technische Lösungen. Es gibt jedoch auch noch Unterlagen, welche idealerweise – von ihrem Umfang her – besser in Papierform vorliegen. Zudem sind die Bedürfnisse sehr unterschiedlich. Ich persönlich funktioniere gerne ohne Papier, kann aber dies nicht auf alle anderen Personen umwälzen. Wir werden als Gemeinderat jedoch kein grosses Aufhebens machen. Stimmen Sie über den Antrag ab, denn schlussendlich ist es ein Bedürfnis, über welches Sie als Einwohnerrat zu befinden haben. Mir ist im Moment auch nicht ganz klar, zu welchem Konto der Antrag zuzuordnen ist.

Hoffmann Thomas, FDP: Es ist klar, dass ich das Papier noch mitnehme, wenn ich es schon nach Hause geschickt bekomme und die elektronische Fassung mühsam auf der Webseite suchen und die Kanzlei anfragen muss, dass endlich das Budget oder den Finanzplan online gestellt wird. Wenn dies jedoch automatisch funktioniert, dann werde ich sicher Papierlos unterwegs sein. Ich kann es auch nicht einem Konto zuordnen, da es sicher das Konto Drucksachen, Dienstleistungen Dritter Porto und das Konto Löhne betrifft. Ich kann auch den Betrag nicht genau nennen. Ich gehen von einem Betrag von CHF 6'000 aus, was eher einem tiefen Ansatz entsprechen dürfte. Den genauen Betrag sieht man ja dann bei der Umsetzung und kann diesen dann entsprechend berichtigen. Und ich bitte den Einwohnerrat die Ausrede von Arsène Perroud nicht gelten zu lassen.

Lütolf Harry, CVP: Ich habe noch eine Verständnisfrage dazu. Ich persönlich würde es dem Konto Drucksachen zuordnen. Hier hat der Gemeinderat einen Betrag von CHF 4'000 budgetiert. Thomas Hoffmann stellt nun einen Kürzungsantrag von CHF 6'000, was höher ist als das eigentliche Konto. Ich weiss jetzt nicht genau, wie das aufgehen soll. Dann soll es noch beim Konto der Portokosten und beim Lohnanteil angepasst werden. Ich denke generell, dass dieser Kürzungsantrag vom Betrag her zu hoch ausfällt. Weiter frage ich Thomas Hoffmann, ob er Interesse daran hat das Budget jedes Mal selbst auszudrucken. Also ich möchte das nicht. In das gedruckte Budget schreibe ich meine Notizen. Die Zustellung der Einwohnerratspost stellt für mich eine Dienstleistung dar, welche ich sehr gerne in Anspruch nehme. Das Ausdrucken zu Hause möchte ich nun wirklich nicht selber machen. Aber das muss jeder selber wissen.

Gregor Michelle, CVP: Mir gefällt die Idee von Thomas sehr, sehr gut. Es ist so einfach die Unterlagen elektronisch zu haben. Man muss nicht mehr blättern, es ist alles farbig, es ist gratis und man kann jederzeit darauf zugreifen. Ich unterstütze den Antrag, egal ob was für einen Betrag es schlussendlich ausmacht. Ich finde es eine super Sache. Man muss die Unterlagen ja nicht ausdrucken, sondern kann sie elektronisch mitnehmen.

Christen Peter, SVP: Ich habe noch zwei Anmerkungen. Grundsätzlich ist jeder mündige Bürger selber für die Pflege seiner E-Mailadressen verantwortlich. Das ist genau das gleiche, wie man seinen Briefkasten oder sein Postfach leeren geht. Da gehe ich davon aus, dass dies kein Problem darstellen sollte. Das muss funktionieren. Sollte dies nicht der Fall sein, muss dies punktuell angegangen werden.

Wenn ich mir vorstelle, was der Druck des Budgets grundsätzlich kostet, dann wird wohl ein Betrag von CHF 6'000 nicht reichen. Das ist wohl wirklich eher tief angesetzt. Vielleicht ist es halt auch etwas ein Generationenproblem, wie man mit den ausgedruckten Sachen umgeht. In elektronischer Form hat man Suchfunktionen und man muss nicht blättern. Vielleicht muss man etwas umdenken. Ich empfehle dem Einwohnerrat die Kürzung anzunehmen.

Muff Josef, SP: Ich nehme an, wir eröffnen noch einen Posten, dass jeder Einwohnerrat einen Laptop erhält. Dann kann jeder in sein schwarzes Kästchen schauen und so sehen wir nicht einmal mehr unseren Nachbarn, welcher vis-à-vis sitzt. Man wird abgelenkt bis zu geht nicht mehr. Wenn Sie das möchten, dann tun Sie das, aber sicher nicht auf Kosten der Gemeinde. Es muss doch nicht sein, dass jeder von uns einen Laptop mitnehmen muss. Ich möchte keine Laptops hier im Saal. Wir sind doch hier um miteinander zu diskutieren und nicht um etwas anderes zu machen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte die Behauptung von Thomas Hoffmann zurückweisen, es seien Ausflüchte oder Lügen. Es ist einfach eine Feststellung, wie die Leute funktionieren. Wir hatten hier verschiedene Beispiele manche finden es total gut, lässig, schön und können damit arbeiten und andere eben nicht. Unsere Feststellung auf der Gemeindeverwaltung ist, dass tatsächlich das Problem besteht, dass nicht alles funktioniert. Wir nehmen jedoch gerne das Bedürfnis der elektronischen Zustellung entgegen und werden es im Rahmen der Möglichkeiten umsetzen. Eine Kürzung von CHF 6'000 müsste jedoch unseres Erachtens konkret auf einem Konto beantragt werden.

## **Abstimmung**

Dem Antrag

Die Einwohnerratspost wird nur noch elektronisch versandt.

*das Konto 1.0220.3130.02 sei um CHF 6'000 zu kürzen*

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

## **Seite 47, Konto 1.0120.3090.00 Aus- und Weiterbildung (neues Konto)**

Hoffmann Thomas, FDP: Ich stelle einen Antrag um Erhöhung des Budgets. Hier handelt es sich um ein neues Konto, welches von CHF 0.00 auf CHF 10'000 erhöht werden soll. Der Gemeinderat soll einen Kurs/eine Ausbildung besuchen, welcher die fristgerechte Umsetzung von Vorstössen zum Inhalt hat. Dabei geht es um das konkrete Umsetzen von Aufträgen/Motionen des Einwohnerrates sowie um die effiziente und ökonomische Führung von einer grossen Gemeinde.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Auf diesen Antrag habe ich mich schon gefreut, seit wir ihn heute um ca. 17.15 Uhr zugestellt bekommen haben. Als Anmerkung am Rande: Der Gemeinderat ist wirklich froh, wenn Anträge zum Budget etwas früher eingereicht werden, dann besteht auch noch die Möglichkeit, Abklärungen zu tätigen oder allfällige Fragen zu beantworten. Ich gehe nicht davon aus, dass dies tatsächlich ein ernstgemeinter Antrag der FDP ist, sondern es ist die unmissverständliche Äusserung, dass sie mit der Bearbeitungszeit der AHA-Motion nicht zufrieden sind. Ich empfehle hier der FDP mit ihrem FGPK-Mitglied Rücksprache zu nehmen, da anlässlich der letzten Sitzung erläutert wurde, wie die Bearbeitung der genannten Motion von statten gehen soll und wie sich der Terminplan zeigt. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat nichts macht oder diesen Auftrag einfach vor sich herschiebt, sondern wir arbeiten daran. Leider nicht im von der FDP gewünschten Tempo. Ich bitte Sie darum den Antrag der FDP abzulehnen.

Hoffmann Thomas, FDP: Wir ziehen den Antrag zurück.

#### **Seite 48, Konto 1.0211.4612.07 Verwaltungsentschädigungen**

Hoffmann Thomas, FDP: Ich habe vor einem Jahr, im Oktober 2018, den Antrag gestellt, dass man mit den verschiedenen Parteien Verhandlungen führen soll, um die Verwaltungsentschädigungen zu erhöhen. Der Gemeindeammann erteilte damals die Auskunft, dass dies nicht gehe und man dies nicht einfach von Budget zu Budget anpassen könne. Hier seien Verträge und Vereinbarungen im Hintergrund. Aus der Presse konnte entnehmen, dass die Ortsbürger anlässlich der letzten Ortsbürgergemeindeversammlung die Verwaltungsentschädigung an die Einwohnergemeinde in ihrem Budget einfach gekürzt haben. Also entweder verstehe ich jetzt etwas nicht – zum Beispiel, dass die Ortsbürger andere Gesetze haben – oder, dass die Verträge so komisch ausgestaltet sind, dass eine Reduktion seitens des Leistungsbestellers möglich ist, aber hingegen eine Erhöhung des Leistungserbringers wiederum nicht. Vielleicht war es einfach auch nur eine Falschaussage des Gemeinderates. Ich stelle den Antrag, dass die Einnahmen dieser Verwaltungsentschädigung um CHF 21'000 kürzt werden, da die Ortsbürger im Jahr 2020 weniger an die Einwohnergemeinde bezahlen werden.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es ist tatsächlich so, wie es Thomas Hoffmann ausgeführt hat. Es hat Verträge im Hintergrund in welchen Verwaltungsentschädigungen geregelt sind. Für solche Anpassungen braucht es einen entsprechenden Prozess. Dies ist wohl in allen Fällen so, ausser bei der Ortsbürgergemeinde. Genau dies ist vorliegend der Punkt. Bisher war es so, dass die Einwohnergemeinde und die Ortsbürgergemeinde Hand in Hand miteinander geschaut haben, dass es funktionierte. An der Ortsbürgergemeindeversammlung vom vergangenen Montag – also vor einer Woche – wurde der Antrag um Kürzung der erwähnten Verwaltungsentschädigung beschlossen. Einige hier im Saal waren dabei und können bestätigen, dass sie der Gemeinderat gegen diese Kürzung ausgesprochen und gewehrt hat. Die Kürzung kam zustande, weil der Gemeinderat für die zahlreichen im Eigentum stehenden Liegenschaften der Ortsbürgergemeinde eine Unterhaltsplanung erstellen wollte. Dazu braucht es einen externen Fachplaner und dafür wurden total CHF 21'000 für die Kosten im Budget eingestellt. Der Antrag verlangte die Reduktion um genau diesen Betrag von CHF 21'000, da die Verwaltung ja weniger Aufwand mit den Liegenschaften hätte. Tatsächlich ist es so, dass – und das haben wir an der Gemeindeversammlung ausgeführt – die Verwaltung den ganzen Betrieb der Ortsbürgergemeinde macht und dies als Gesamtes in verschiedenen Abteilungen belastet wird und nicht nur bei einzelnen Unterhaltsprojekten. Der Antrag um Reduktion wurde dann von der Gemeindeversammlung angenommen. Der Gemeinderat erachtet es als falsch, dass der Beschluss so getroffen wurde. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein gemeinsamer Weg gefunden werden sollte. Es wird den Gemeinderat somit noch vor Probleme stellen in Zukunft. Wenn Sie der Meinung sind, dass man die Anpassung im Budget der Einwohnergemeinde gemäss Antrag der FDP vornehmen sollte, dann stimmen Sie dem Antrag zu.

Stirnemann Alex, SP: Ich finde diese Diskussion eigentlich sehr spannend. Die FDP hat eine Verminderung des Budgetpostens beantragt. Die Ortsbürgergemeinde hat in ihrem Budget offenbar die Reduktion bereits beschlossen. Aus Sicht der Einwohnergemeinde sehe ich vorliegend nicht ein, weshalb die Einwohnergemeinde hier nachgeben sollte. Schliesslich sind wir die Dienstleistungserbringer und können so Auskunft darüber erteilen, welchen Aufwand und welche Kosten wir haben und was wir dafür verlangen. An dieser Stelle würde ich eher beliebt machen, den Budgetposten sogar zu erhöhen statt zu reduzieren.

Geissmann Thomas, FDP: Ich bin kein Jurist, aber ich habe einmal gelernt, dass ein Vertrag eine beidseitige übereinstimmende Übereinkunft sein soll. Es kann doch nicht einfach eine Seite die Bestimmungen selber ändern und sagen dass weniger bezahlt wird. Das geht doch so nicht. Man darf mich gerne eines anderen belehren, wie das gehen soll. Ich kann das so nicht nachvollziehen.

Muff Josef, SP: Ich glaube, die Ortsbürger haben am vergangenen Montag nicht verstanden, was genau geschieht mit dieser einseitigen Entscheidung, weniger bezahlen zu wollen. Ich persönlich finde es nicht in Ordnung was gemacht wurde. In den vergangenen Jahren hat die Einwohnergemeinde sehr gut geschaut für die Ortsbürgergemeinde und es gibt von mir aus gesehen überhaupt keinen Grund dafür, eine solche Kürzung zu beschliessen. Ich war selber ebenfalls sehr überrascht über das Abstimmungsergebnis. Das Problem ist nur, wenn die Abstimmung durch ist, dann ist sie durch. Ich bin der Meinung, dass man bei der Entschädigung von CHF 50'000 bleiben und der Ortsbürgergemeinde einfach diese Rechnung stellen sollte, um zu zeigen, dass es so einfach nicht geht. Man hätte einen anderen Weg gehen und den Preis für die Dienstleistungen allenfalls neu miteinander verhandeln können.

Stirnemann Alex, SP: Ich habe eine Frage an das Ratsbüro. Kann man Anträge stellen, dass der Betrag beizubehalten ist?

Brunner Edwin, Präsident: Das ist nicht nötig.

Stirnemann Alex, SP: Dies bedeutet somit, dass wenn der Einwohnerrat das Budget mit diesem Posten so wie vorliegend beschliesst, dass man seitens Einwohnerrates nicht nachgibt.

Hoffmann Thomas, FDP: Der Gemeinderat befindet sich nun in einer ganz schwierigen Position. Der Gemeindeammann muss mit sich selber verhandeln, welche nun der richtige Betrag ist. Er ist ja sowohl Vertreter der Ortsbürger- wie auch der Einwohnergemeinde. Ich überlege, ob wir den Antrag zurückziehen sollen oder was das bessere Zeichen für die Ortsbürgergemeinde ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat befindet sich tatsächlich in einer schwierigen Situation. Wir sind als Gesamtgremium für beide Gemeinden zuständig. Natürlich bin ich das als Gemeindeammann nicht alleine. Solch unterschiedliche Willensäusserungen sind für uns natürlich herausfordernd und anspruchsvoll. Es ist nicht einfach, damit umzugehen und richtig machen kann man es sowieso nie. Der Gemeinderat schätzt die politischen Meinungen der Einwohnerräte sehr. Wenn Sie also darüber abstimmen, dann können wir das Ganze mit dem Abstimmungsergebnis richtig interpretieren und werden es in unsere Überlegungen entsprechend einfließen lassen.

Hoffmann Thomas, FDP: Wir ziehen den Antrag zurück. Wir hoffen jedoch, die Haltung des Einwohnerrates ist für den Gemeinderat klar und nicht so wie beim Budget.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir sind froh über eine klare Meinungsäusserung vom Einwohnerrat. Diese erhalten wir, wenn es eine Abstimmung über einen Antrag gibt.

Lütolf Harry, CVP: Die hier diskutierte Position ist eine Prognose. Ich möchte den Gemeinderat nicht dazu verknurren gerichtlich gegen die Ortsbürgergemeinde vorzugehen. Was geschieht, wenn die Ortsbürgergemeinde nicht bezahlt? Das müsste dann über ein gerichtliches Verfahren gelöst werden. Hier hat man schnell Anwaltskosten von CHF 100'000 in den Sand gesetzt und es ist auch nicht klar, dass die Einwohnergemeinde die Siegerin sein wird.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich reiche einen neuen Antrag ein. Dieser lautet wie folgt: Die Einnahmen sind von CHF 236'000 um CHF 3'500 auf CHF 240'000 zu erhöhen. So ist klar, dass irgendjemand die Differenz bezahlen muss.

Donat Ruedi, CVP: Ich habe nicht erwartet, dass es hier eine Ortsbürgergemeinde-Diskussion gibt. Die Ortsbürgergemeinde hatte einen Budgetposten im Umfang von CHF 50'000. Meines Wissens bestehen dafür keine Verträge. Es handelt sich bei dieser Zahlung der Verwaltungsentschädigung um ein Goodwill seitens der Ortsbürgergemeinde. Im Gesetz ist ganz klar verankert, dass die Verwaltung und der Gemeinderat auch für die Ortsbürgergemeinde zuständig sind. Im Jahr 2011 wurde die Verwaltungsentschädigung um CHF 15'000 von CHF 35'000 auf CHF 50'000 erhöht. Die Begründung dafür ist, dass man sich gerade in der Phase des Umbaus des Stroh museums befunden hat und damit die zusätzlichen Mehraufwände – insbesondere in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt – abgegolten waren. Dazumal wurde der Antrag vom Gemeinderat an die Ortsbürgergemeinde gestellt, welche das verstanden und zugestimmt hat. Beim Betrag von CHF 21'000, welcher Arsène Perroud vorhin erwähnt hat, handelt es sich um Honorare, welche über das Konto „Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten“ – das lieben wir ja auch hier im Einwohnerrat – budgetiert sind. Es geht vorliegend um fünf Gebäude, welche von der Ortsbürgergemeinde verwaltet werden und bei jedem wurde ein solches Konto neu eröffnet und im Budget Beträge zwischen CHF 2'000 und CHF 4'000 budgetiert. Die Mehrheit der anwesenden Ortsbürger an der Gemeindeversammlung war der Meinung, dass die Unterhaltsabklärungen dieser Gebäude die Aufgabe der Verwaltung

ist und nicht von Externen. Wenn der Gemeinderat diesen Auftrag auswärts vergeben möchte, dann muss man dies halt bei den allgemeinen Verwaltungskosten abziehen. Dem hat die Ortsbürgergemeinde dann zugestimmt. Ein solch demokratischer Entscheid der Ortsbürgergemeindeversammlung sollte akzeptiert werden, wie es auch bei Entscheidungen des Einwohnerrates der Fall ist. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

### **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.0211.4612.07 sei um CHF 3'500 zu erhöhen*

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

### **Seite 48, Konto 1.0212.3130.00 Dienstleistung Dritter**

Hoffmann Thomas, FDP: Im Jahr 2018 hat der Einwohnerrat einen Nachtragskredit genehmigt für eine temporäre Aufarbeitung des Veranlagungsstandes. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, wie der aktuelle Stand ist und wie lange diese Dienstleistung in Anspruch genommen wird.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Ich kann hier Antwort geben, obschon der Antrag sehr spät bei uns eingetroffen ist und es schwer ist, sich in der noch zur Verfügung stehenden Zeit vorzubereiten. Im Herbst 2016 hat das Steueramt eine Stellenerhöhung beantragt. Dies ist nun schon drei Jahre pendent. Die Erhöhung hat dazu gedient, die Rückstände aufzuarbeiten und die Rechtssicherheit des Veranlagungswesens sicherzustellen sowie die Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen zu gewährleisten. Sowohl die Aufsichtsbehörde wie auch die Revisionsstelle, also Gruber und Partner AG, haben den Handlungsbedarf erkannt und empfohlen, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Durch die steuerlichen Mehrerträge, die durch diesen externen Dienstleister – welcher uns CHF 71'000 kostet – hat er sich eigentlich selber finanziert. Zwischen Juni und Dezember hat er, gemäss Auskunft des Steueramtes, CHF 34'500 gekostet. Er hat einen Betrag von CHF 207'000 eingespielt. Eine Kürzung bei dieser Position hätte somit eine Mindereinnahme zur Folge. Per Stand Ende November 2019 haben wir 99.9% des Budgets – also von CHF 34.8 Mio. – erreicht. Jetzt könnte man sagen, es bleibt noch der Monat Dezember übrig, in welchem Geld hereinkommt. Doch der Monat Dezember ist in der Sollstellung im Durchschnitt in den letzten vier Jahren CHF 400. wir werden den budgetierten Betrag somit wohl nicht viel übersteigen. Es ist jedoch festzuhalten, dass der externe Mitarbeiter wirklich sehr viele Einnahmen generiert. Falls noch ein Kürzungsantrag gestellt werden sollte, bitte ich diesen abzulehnen.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich habe nach dem Stand der Veranlagungen gefragt. Wie viele Prozent der Steuererklärungen waren veranlagt bevor der externe Mitarbeiter eingestellt war und wie zeigt sich der Stand der Veranlagungen jetzt. Wenn dies erreicht worden ist, dann benötigt es diese Person nicht mehr. Denn Einholen können auch andere Veranlagungspersonen im Steueramt.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Auf die gestellte Frage kann ich im Moment gerade keine Auskunft geben. Allenfalls kann eine Fachperson dazu etwas sagen. Vorliegend wäre es hilfreich gewesen, wenn wir diese Frage etwas früher erhalten hätten als eine Viertelstunde vor Beginn der Einwohnerratssitzung. Die Zeit ist dann halt leider sehr knapp, um noch entsprechende Abklärungen zu treffen.

Brunner Edwin, Präsident: Thomas Hoffmann, sind Ihre Fragen beantwortet oder stellen Sie einen Antrag?

Hoffmann Thomas, FDP: Die Fragen sind nicht beantwortet. Ich stelle nochmals einen Antrag für die Weiterbildung des Gemeinderates – nein natürlich nicht. Es ist für mich gut so.

Hoffmann Thomas, FDP: Auch bei diesem Konto hat es externe Kosten von CHF 2'800 im Vorjahr und im Vorvorjahr CHF 5'100. In der 1. Lesung des Budgets 2020 wurde ein Betrag von CHF 30'000 aufgeführt und nun in der 2. Lesung noch ein Betrag von CHF 15'000. Aus meiner Sicht kann man auch diesen Betrag noch kürzen um CHF 10'000 auf CHF 5'000. Das was wir letztes Jahr gebraucht haben, wird auch weiterhin ausreichen. Vor allem wenn keine Begründung vorhanden ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Selbstverständlich kann man bei diesem Konto reduzieren. Der Gemeinderat hat dies auch gemacht. Von CHF 30'000 auf CHF 15'000. Vorliegend geht es um die Unterstützungsleistungen von Dritten bei Baugesuchen. Es ist eine Zunahme von komplexeren und grösseren Baugesuchen zu verzeichnen. Hier sind darauf angewiesen, dass wir bei einzelnen Fragestellungen auf einen externen Berater zurückgreifen können. Es handelt sich um einen Budgetposten, welcher nur benötigt wird, wenn es notwendig ist. Wenn Sie dies so belassen, dann geben wir nicht mehr aus, als wenn Sie es kürzen. Schlussendlich müssen Abklärungen getroffen werden, wenn sie notwendig sind. Stimmen Sie dem Antrag zu oder nicht. Der Gemeinderat empfiehlt die Ablehnung.

### **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.0222.3130.01 sei um CHF 10'000 zu reduzieren*

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Büchi Roland, SVP: E-Government Aargau ist zum heutigen Zeitpunkt nicht nötig. Die Gemeinde Wohlen muss nicht überall dabei sein, vor allem, wenn man kein Geld hat. Da kann man auch in zwei oder drei Jahren noch beitreten.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie auch hier, dem Antrag nicht zuzustimmen. Die Fachstelle E-Government Aargau gibt es bereits und die Gemeinde Wohlen beteiligt sich seit Jahr und Tag. Derzeit wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton ein grosses Projekt lanciert, bei welchem es um das kundenzentrierte Einwohnerportal geht. Heute haben Sie alle Online-Dienstleistungen verteilt auf verschiedenen Portalen und Webseiten, bei welchen Sie sich jeweils separat einloggen müssen. Die Idee am Einwohnerportal ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger im Kanton Aargau bei einem einzigen Portal einloggen können und von dort an den richtigen Ort gelangen. Das Projekt wird demnächst gestartet und es sind noch einige offene Punkte zu klären. Es sind rund 164 Gemeinden, welche dem zugestimmt haben. Es ist ein ausdrücklicher Wunsch der Gemeinden, dass wenn eine Gemeinde bei der Initialisierung nicht mitmacht, aber zu einem späteren Zeitpunkt beitreten möchte, die Kosten im Nachhinein noch zu bezahlen hat. Ich kann Ihnen garantieren, dass das kundenzentrierte Einwohnerportal früher oder später kommen wird und sich die Gemeinde Wohlen früher oder später daran beteiligen muss. Wenn sich die Gemeinde Wohlen nicht in diesem Umfang beteiligt, dann wird es die Dienstleistungen für die Wohler Bürgerinnen und Bürger nicht geben. Wenn Sie also dem Antrag von Roland Büchi zustimmen, dann ist es einfach eine Verschiebung der Investitionskosten und kommt dann einfach zu einem späteren Zeitpunkt. Der Entwicklung kann man sich jedoch sicher nicht verschliessen. Für den Gemeinderat ist es klar, dass wir hier dabei sein. Wir müssen von Anfang an dabei sein damit wir mitbestimmen können und unsere Bedürfnisse entsprechend einbringen können. Ansonsten können wir uns zu einem späteren Zeitpunkt einfach an einem Projekt anschliessen, welches nicht auf unsere Bedürfnisse ausgelegt ist, sondern auf diejenigen von anderen, kleineren Gemeinden. Die Gemeinde Wohlen hat bei diesem Projekt eine wichtige Rolle zu spielen. Ich bitte Sie darum, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Christen Peter, SVP: Bevor Sie abstimmen bitte ich Sie, in sich zu gehen und ein kleines persönliches Brainstorming zu machen. Überlegen Sie, wann haben Sie etwas auf der Webseite der Gemeinde nicht gefunden haben.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte eine Korrektur anbringen. Es geht vorliegend nicht um die Gemeindefachstelle. Es geht um alle Online-Dienstleistungen auch auf nationaler Ebene, von den verschiedenen Bundesstellen, vom Kanton usw. Es handelt sich dabei um sehr, sehr viele Dienstleistungen, welche

in einem kundenzentrierten Einwohnerportal angeboten und bezogen werden können. Es sind keine Dienstleistungen der Gemeinden.

Christen Peter, SVP: In diesem Fall ist es irrelevant. Interessierte Leute finden ihre Informationen. Der Gemeinde sollte man helfen. Überlegen Sie sich das.

## **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.0220.3130.00 sei um CHF 48'000 zu reduzieren*

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

## **Seite 50, Konto 1.0223.3158.00 Unterhalt Informatik-Software**

Lütolf Harry, CVP: Ich habe eine Frage betreffend dem Unterhalt der Informatik-Software. Wir haben bei diesem Budgetposten eine beträchtliche Steigerung von 40% gegenüber dem Vorjahr. Eine Begründung dazu fehlt. Die Erklärungen zu den Budgetposten erachte ich als sehr hilfreich, aber ausgerechnet bei dieser Position fehlt sie. Meiner Meinung nach müsste bei einer solchen Erhöhung zwingend eine Bemerkung angebracht werden. Man könnte mit der FGPK zusammen bestimmen, wann eine Begründung geschrieben wird und notwendig ist. Bei kleineren Beträgen gibt es Bemerkungen. Ich erachte dies als wichtig. Gerne hätte ich zu dieser Budgeterhöhung noch eine Erklärung.

Bossert René, Leiter Informatik: Man kann bei den Unterhaltskosten der Software Einsparungen machen, wenn man 3-Jahresverträge macht. Die Folge davon ist, dass die jährliche Belastung dann kleiner ausfällt. Mit den eingestellten CHF 43'000 werden solche 3-Jahresverträge abgeschlossen, was eine Einsparung von CHF 20'000 erbringt. Dies ohne eine Reduktion der Dienstleistungen oder der Unterstützung. Wenn man dies nicht möchte, dann kann man auch jährlich Verträge abschliessen, was jedoch im Endeffekt teurer wird.

Lütolf Harry, CVP: Ich kann leider die Erklärung nicht nachvollziehen. Wurde denn nun zum ersten Mal ein solcher 3-Jahresvertrag abgeschlossen? Oder gab es das in den Vorjahren auch schon?

Bossert René, Leiter Informatik: Das ist das erste Mal.

Lütolf Harry, CVP: Ich frage mich, wo denn jetzt die Einsparung sein soll. Der Betrag ist ja um 40% höher.

Bossert René, Leiter Informatik: Die Einsparung wird in den nächsten beiden Budgets ersichtlich sein. Bei diesem Konto werden dann die Unterhaltskosten entfallen. Anstatt dass die Gemeinde jedes Jahr einen Unterhaltsbetrag aufwenden muss, zahlt sie jetzt einen höheren Betrag für eine Betriebslaufzeit von drei Jahren. Dafür hat man jedoch in den zwei folgenden Jahren keine Aufwendungen. Vorliegend macht dies eine Einsparung von CHF 20'000 aus.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Dieselbe Frage wurde bereits in der FGPK bereits ausführlich diskutiert und auch beantwortet. Es wurde gleich ausgeführt, wie es nun auch René Bossert gemacht hat. Es wurde somit erklärt, weshalb es diese Kostensteigerung gibt.

Christen Peter, SVP: Wenn wir dies nun so wie angedacht auf drei Jahre hinaus machen, dann hat der Anbieter ja die Sicherheit, dass er dies für die genannte Zeit machen kann. Vielleicht müsste man hier einmal etwas Druck aufsetzen und sich sonst für eine Alternative umsehen.

Hoffmann Thomas, FDP: Zu diesen 3-Jahresverträgen möchte ich gerne noch eine Ergänzung abgeben. Wenn man den Vertrag heute abschliesst, dann bezahlt man ihn heute. Dafür haben wir im nächsten und im übernächsten Jahr keine Kosten. Jedes Unternehmen würde dies in der Rechnung abgrenzen, so dass es periodengerecht in der Erfolgsrechnung erscheint. Aber bei der Gemeinde, weil die Wesentlichkeit so gross ist, macht man das nicht. Aus diesem Grund haben wir diese Schwankungen in den Jahren. Somit hat man im ersten Jahr die hohen Aufwendungen, im Jahr zwei CHF 0.00 und im Jahr drei CHF 0.00. Im vierten Jahr kommen dann wieder hohen Kosten, weil der 3-Jahresvertrag wieder fällig wird.

## Seite 50, Konto 1.0223.3113.00 Anschaffung Hardware

Hoffmann Thomas, FDP: Auch bei diesem Konto sind enorme Schwankungen zu verzeichnen. In der Rechnung 2018 CHF 7'500, im Budget 2019 CHF 67'000 und im Budget 2020 CHF 160'900. Ich stelle den Antrag, dass man die Kosten bei diesem Konto splittet. Man sollte jedes Jahr etwas machen und nicht alle vier, fünf Jahre, wenn die Informatik aussteigt, sie neu schafft. Aus diesem Grund würde ich den Betrag von CHF 160'900 aufteilen auf zwei Jahre, also für dieses Jahr noch CHF 80'000 und für das Budget 2021 den restlichen Betrag.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Jede Stunde, in welcher die Gemeindeverwaltung Wohlen nicht funktioniert, führt zu erheblichen Problemen. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass man ständig dran ist und nicht zu wartet, wenn sich Schwierigkeiten abzeichnen. Ich bin allerdings ein ganz einfacher User, welcher einfach froh ist, wenn der Computer läuft. Aus diesem Grund bitte ich René Bossert ergänzende Ausführungen zu tätigen.

Bossert René, Leiter Informatik: Die im Budget 2020 ersichtlichen Zahlen der Informatik basieren auf einem Konzept, bei welchem man in den nächsten zwei Jahren die Serverinfrastruktur auf die Ablösung vorbereitet. Das heisst, dieses und auch das nächste Budget werden hoch sein. Es ist vorgesehen die zentralen Infrastrukturen abzulösen und zu ersetzen. Das heisst, wenn wir die beiden Budgetjahre hinter uns haben, dann wird sich das Budget wieder massiv tiefer zeigen. Wir werden jedoch im Jahr 2025/26 nochmals so einen Peak der Informatikkosten haben, denn dann ist wieder der Zeitpunkt gekommen, um die Informatik im Zentrum abzulösen. Dann kommt jedoch auch noch die Ablösung der Arbeitsplätze hinzu. Das Konzept basiert darauf, dass im nächsten Jahr die Netzwerkkomponenten, also Basisleitungen, Netzwerk und einen Teil der Serverinfrastruktur, ersetzt. Im Jahr 2021 werden dann die zentralen Einheiten wie Dienstserversteuerung etc. ersetzt. Das wurde gezielt auf zwei Jahre aufgeteilt. Würde man alles auf einmal machen, hat dies eine hohe Kostenfolge. Alleine schon die Office-Lizenzen, wir reden von 180 bis 190 Lizenzen, sind enorm teuer. Wenn man die Informatiksachmittel länger als fünf Jahre betreibt, dann werden die Unterhaltskosten relativ hoch. Dann bezahlt man schnell CHF 30'000 nur dafür, dass man sicher sein kann eine Dienstleistung zu beziehen, wenn ein System ausfallen sollte. Das System ist jedoch immer noch alt. Ab diesem Zeitpunkt wird es einfach unverhältnismässig teuer.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bittet Sie aufgrund dieser Ausführungen dem Antrag nicht zuzustimmen. Dem Gemeinderat ist die Stetigkeit ein grosses Anliegen und man hat sich gezielt für das beschriebene Vorgehen und die Aufteilung auf zwei Jahre entschieden.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich gebe Harry Lütolf Recht. Die Begründungen im Budget sind einfach zu wenig aussagekräftig. Ich ziehe meinen Antrag zurück.

## Seite 50, Konto 1.0223.3118.00 Anschaffung Software

Hoffmann Thomas, FDP: Ich ziehe auch diesen Antrag zurück.

## Seite 50, Konto 1.0290.3144.11 Unterhalt Hochbauten a.o.

Büchi Roland, SVP: Ich stelle den Antrag dieses Konto um CHF 85'000 zu kürzen. Die Begründung ist die folgende. Malerarbeiten im Betrag von CHF 20'000 im Erdgeschoss sind nicht notwendig, bis man konkret weiss, wie es mit der Regionalpolizei weitergeht. Wenn die Regionalpolizei aus dem Gemeindehaus weg ist, kann man dort die Malerarbeiten ausführen lassen, aber jetzt erachten wir es als herausgeworfenes Geld. Ein Betrag von CHF 65'000 für ein Schliesssystem ist ebenfalls nicht notwendig.

Hoffmann Thomas, FDP: Wir haben einen Antrag für dasselbe Konto. Der eingestellte Betrag von CHF 10'000 für den Schaukasten ist ebenfalls zu streichen.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Gerne nehme ich erst zum Schaukasten Stellung. Dies war bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein Thema. Damals war ich selber noch im Einwohnerrat Mitglied. Der Gemeinderat schlägt Ihnen vor, den Antrag abzulehnen, denn der Schaukasten sollte nun wirklich dringend erneuert werden. Er ist sehr in die Jahre gekommen und benötigt jeweils einen sehr grossen Aufwand, um gereinigt zu werden. Die Instandhaltung und auch die eintretende Feuchtigkeit ist immer wieder ein Thema.

Der für das Schliesssystem eingestellte Betrag ist mit CHF 65'000 – zugegebenermassen – hoch. Das Schliesssystem des Gemeindehauses ist ebenfalls in die Jahre gekommen. Der Überblick über die Bewirtschaftung der Schlüssel ist verloren gegangen. Wir wissen von vielen Schlüssel nicht mehr, wo sie sind. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein modernes und vor allem programmierfähiges Schlüsselmanagement eingeführt werden muss. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, dies zu machen. Wenn die Ausführung jetzt verschoben wird, dann müssen wir es einfach im nächsten Jahr traktandieren. Es ist somit keine Einsparung, sondern es wird lediglich aufgeschoben. Bitte lehnen Sie auch diesen Antrag ab.

Bei den budgetierten Malerarbeiten im Umfang von CHF 20'000 handelt es sich einfach um Instandhaltungsmassnahmen, welcher man periodisch im Gemeindehaus, wie in allen anderen Liegenschaften, als Werterhalt macht. Das Geschäft mit der Regionalpolizei, das ist bekannt, braucht noch etwas mehr Zeit. Der Werterhalt ist notwendig, ob die Regionalpolizei nun im Gemeindehaus bleibt oder es verlässt. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen auch diesen Antrag abzulehnen.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich erlaube mir noch ein paar Worte zum Schaukasten. Dies ist genau das, was ich vom Gemeinderat vermisse, nämlich, dass man etwas mitdenkt. Man hat vorhin von der Modernisierung gesprochen, da braucht es wohl sicher keinen Schaukasten mehr. Wir haben so viele Scheiben im Gemeindehaus. Bitte überlegen Sie mal, ob man den Aushang auch anders machen könnte, als so eine teure Anschaffung zu machen. Der Gemeinderat sollte sich überlegen, ob es auch noch andere Möglichkeiten gibt. Ich bitte Sie, wie vor ca. acht Jahren, den Antrag gutzuheissen und den dafür eingestellten Betrag von CHF 10'000 zu streichen. Vielen Dank.

### **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.0290.3144.11 10'000 für Schaukasten ist ersatzlos zu streichen.*

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen

Dem Antrag

*das Konto 1.0290.3144.11 65'000 Ersatz Schliesssystem ist ersatzlos zu streichen.*

wird mit 19 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Dem Antrag

*das Konto 1.0290.3144.11 20'000 Malerarbeiten ist ersatzlos zu streichen.*

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen angenommen.

### **Seite 50, Konto 1.0290.3144.01 Unterhalt Hochbauten, allgemein Gemeindehaus**

Hoffmann Thomas, FDP: Es geht hier um einen Betrag von CHF 20'000 für die Fassadenreinigung des Gemeindehauses. Wir haben Stimmen aus der Verwaltung und aus der Liegenschaftskommission gehört, welche sagen, dass die vorgesehene Reinigung unnötig ist. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag um ersatzlose Streichung dieses Betrages.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Der Betrag von CHF 20'000 wäre für die Reinigung der Gemeindehausfassade vorgesehen. Es handelt sich dabei auch um eine Instandhaltungsmassnahme. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen den Streichungsantrag abzulehnen.

Lütolf Harry, CVP: Ich möchte dem Gemeinderat gerne eine Anschlussfrage stellen. Ich möchte wissen, wie oft eine solche Fassadenreinigung gemacht wird, sprich wie der Intervall ist und wann die letzte Reinigung stattgefunden hat.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Auf diese beiden Fragen kann ich nicht antworten und müsste die Frage an Stefan Leuenberger, Leiter PBU, weitergeben.

Leuenberger Stefan, Leiter PBU: Diese Fragen kann ich leider auch nicht beantworten. Ich müsste es erst abklären.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir sind sehr froh, wenn solche Anträge im Vorfeld eingereicht werden. Vorliegend ein gutes Beispiel. Wir können nicht sämtliche Detailfragen direkt an der Gemeinderatssitzung beantworten. Wir würden sehr gerne eine Antwort auf solche Fragen geben. Dafür gibt es auch die FGPK-Sitzung oder stellen Sie uns Ihre Fragen bitte vorgängig zu.

Grundsätzlich möchte ich davor warnen, solche Kürzungen vorzunehmen. Auch wenn es vorliegend lediglich um eine Fassadenreinigung oder Storenreinigung geht. Das ist nur eine Aufschiebung der Unterhaltmassnahmen und das wird uns früher oder später wieder einholen. Sie sparen mit solchen Anträgen keinen einzigen Franken. Wir bitten Sie dem Antrag nicht statt zu geben. Wir befinden sich genau in einer Phase, in welcher viele Unterhaltsarbeiten auf uns zukommen.

Heinrich Daniel, CVP: Ich habe noch eine Ergänzungsfrage. Ich möchte wissen, aus welchem Material die Fassade verkleidet ist. Wenn Stein- oder Granitplatten darauf sind, dann wäre eine Reinigung absolut kein Problem, man müsste dies gar nicht machen, da die sich selber reinigen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es handelt sich um Stein- oder Granitplatten, welche befestigt sind. Bei den Storen handelt es sich um Lamellenstoren, welche nicht aus Stein sind. Es handelt sich um ordentliche Unterhaltmassnahmen, welche dem Werterhalt dient. Dies unabhängig davon, aus welchem Material sie sind. Von Zeit zu Zeit muss auch diese Unterhaltsarbeit ausgeführt werden. Ich bitte sie nochmals darum, den Antrag abzulehnen.

Steiner Annalise, SVP: Ich laufe jeden Tag am Gemeindehaus vorbei und habe vor ca. zwei Monaten reinigte eine Reinigungsfirma die Fassade, die Storen und die Fenster des Gemeindehauses. Von allen Seiten haben die Reinigungspersonen mit einem Kranwagen geputzt. Die Reinigung ist also schon passiert.

## **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.0290.3144.01 sei um CHF 20'000 (Fassadenreinigung) zu reduzieren.*

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen (1 Person befindet sich nicht im Saal).

## **Seite 51, Konto 1.0293.3144.11 Verwaltungsliegenschaften Bankweg 2; Unterhalt Hochbauten a.o.**

Hoffmann Thomas, FDP: Hier sind zwei Beträge aufgeführt. Ein Betrag ist CHF 5'500 für die Überdachung des Veloständers, der andere für das Schliesssystem im Betrag von CHF 10'000. Aus unserer Sicht kann man beide Beträge ersatzlos streichen. Solange man nicht weiss, was mit dieser Verwaltungsliegenschaft am Bankweg geschehen soll und solange das Projekt im Finanzplan eingestellt ist, wollen wir kein Geld mehr investieren.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Betreffend der Schliessanlage kann man den Betrag streichen. Der Ersatz der Anlage wäre mit diesem des Gemeindehauses gekoppelt gewesen. Der Gemeinderat wird somit auch beim Bibliotheksgebäude im Moment auf diese Umrüstung verzichten. Betreffend der Überdachung des Fahrradständers bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Es ist ein grosses Bedürfnis des Bibliotheksteams, dass man für die Besucher und das Personal diese Überdachung erstellt. Bislang müssen die Velos im Freien abgestellt werden und wenn es regnet, ist immer alles nass. Dieses Anliegen wurde schon vor längerer Zeit kundgetan. Der Gemeinderat möchte diese Überdachung gerne erstellen und bittet somit um die Ablehnung des Antrages.

Christen Peter, SVP: Ich möchte die Frage in den Raum stellen, wie viele Regentage es im Jahr gibt und wie viele Personen davon profitieren werden.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich ziehe den Antrag für die Streichung des Betrages von CHF 5'500 für den Unterstand der Fahrradständer zurück.

#### Seite 51, Konto 1.0292.4470.01 Miet-, Pachtzinsertrag Steingasse 45 und übrige

Lütolf Harry, CVP: Zu diesem Konto ist folgender Vermerk im Budget aufgeführt: „*Aufgrund des Zustandes wird die Liegenschaft nicht mehr als Notwohnung benützt.*“ Diese Liegenschaft an der Steingasse 45 befindet sich in einem desolaten Zustand. Ich möchte nun wissen, was die Konzeption für dieses Gebäude ist. Das Gebäude könnte vielleicht sogar auseinanderbrechen, wenn nichts geschieht in der nächsten Zeit. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat noch nie Bericht gegeben, was er mit dieser Liegenschaft gedenkt zu machen.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich gebe Harry Lütolf Recht, die Liegenschaft an der Steingasse 45 befindet sich in einem absolut desolaten Zustand. Dieses Jahr wurden Ende Frühling, anfangs Sommer die Bewohner ausquartiert. Wir konnten für diese zum Glück gute Lösungen finden. Die Liegenschaft ist somit keine Sozialwohnung mehr, da dies unter keinen Umständen mehr zumutbar gewesen wäre. Es ist derzeit noch nicht klar, was mit diesem Gebäude weiter passieren wird. Es gehört insgesamt zur Ensembleschutzzone „Bleichi“. Der Gemeinderat hat vorliegend noch keinen Entscheid gefällt. Die Zeit seit der Ausquartierung bis jetzt war dafür leider etwas zu kurz. Mitteilen kann ich Ihnen jedoch, dass wir für diese Anlage Interessenten haben. Es ist jedoch noch nichts definitives. Solange wir noch kein konkretes Vorgehen wissen, werden wir noch nichts kommunizieren.

Lütolf Harry, CVP: Mir geht es vorliegend auch um den Haftungsgrund. Wenn das Haus in einem so desolaten Zustand ist, dann kann man davon ausgehen, dass irgendwann einmal etwas zusammenbricht. Zum Beispiel, dass sich jemand an einem herunterfallenden Ziegel verletzt. Hier käme die Eigentümerhaftung ins Spiel. Man sollte das Gebäude beobachten und sicher nicht vor sich hingammeln lassen, sonst riskieren wir irgendwann einen Haftpflichtfall.

#### Seite 52, Konto 1.1400.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter

Hüsser Max, SVP: Bei diesem Konto möchte ich den Antrag stellen, den Betrag um CHF 8'000 auf neu CHF 30'000 zu kürzen. Hier gibt es reichlich Sparpotenzial, zumal sich die Kosten in den letzten Jahren immer wieder erhöht haben.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Es geht vorliegend um die gemeindeeigenen Vermessungen der Strassen, Landabtausch etc. Notariatsgebühren, elektronisches Flurbuch sowie um die Nachführung der Grunddaten im GIS. Es ist von grosser Wichtigkeit, dass wir da über aktuelle Daten verfügen. Insbesondere sind derzeit verschiedene Vermessungsprojekte am Laufen, bei welchen wir auf die eingestellten Beträge angewiesen sind. Diese Aufgaben gestalten sich für die Gemeinde Wohlen als sehr wichtig. Ich bitte Sie somit den Antrag abzulehnen.

Hüsser Max, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

#### Seite 56, Konto 1.2120.3110.00 Anschaffung Schulmobiliar

Steiner Annelise, SVP: Es geht vorliegend um die Anschaffung von Schulmobiliar. Es handelt sich hier um Stühle mit vier Beinen und Rädern daran, welche ersetzt werden sollen durch Stühle mit fünf Beinen. Die Begründung dafür ist, dass diese stabiler sind. Die Kippgefahr sei nicht so gross. Mein Antrag ist auf Streichung dieses Betrages, weil ich die Stabilität von Stühlen mit vier Beinen als gut genug erachte. Man muss die Kinder nicht in Watte packen. Wir müssen anfangen zu sparen. Für mich ist diese Anschaffung eine unnötige Ausgabe.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Einer der beiden Anträge betreffen die Primarschule, 1. und 2. Klasse, und die Bezirksschule. Es handelt sich dabei um Stühle mit Metallstange und vier Beine, welche nach aussen gehen, jedoch ohne Räder. Ich habe dies sowohl in der Primar- wie auch in der Bezirksschule vor Ort besichtigt. Ich weiss nicht, wer von Ihnen während der Schulzeit solche Stühle hatte und damit gewippt ist. Ich jedenfalls habe dies als Schüler gemacht. Es ist auch schon vorgekommen, dass Kinder damit gestürzt sind. Es handelt sich um eine Tatsache, dass das BFU (Beratungsstelle für Unfallverhütung) diese Art von Stühlen nicht mehr zulassen will. Diese Stühle entsprechen nicht mehr dem Sicherheitsstandard, welcher

bei den Schulen eingehalten werden muss. Dies betrifft vorliegend sowohl die Primar- wie auch die Bezirksschule und das Schulhaus Junkholz. Diese Ersatzbeschaffung ist jetzt fällig. Beim Umbau des Schulhauses Halde wird das Schulmobiliar übernommen. Der Gemeinderat bittet Sie, die beiden Anträge abzulehnen.

Steiner Annelise, SVP: Ich glaube, es handelt sich lediglich um Empfehlungen des BFU und nicht um eine Vorschrift.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich kann nicht sagen, ob es sich um eine Empfehlung oder eine Vorschrift handelt. Vielleicht können die Vertreter der Schule darüber Auskunft erteilen.

Läufer Marc, SVP: Nach meinen Informationen handelt es sich nicht um eine Pflicht. Zudem hat man früher den Kindern gesagt, sie sollen aufhören mit den Stühlen zu wippen und dies hat funktioniert.

### **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.2120.3110.00 sei um CHF 130'000 zu reduzieren*

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

### **Seite 56, Konto 1.2130.3110.00 Anschaffung Schulmobiliar**

Steiner Annelise, SVP: Es handelt sich vorliegend um denselben Antrag um Streichung wie eben gestellt, einfach bei einem anderen Schulhaus.

### **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.2130.3110.00 sei um CHF 138'000 zu reduzieren*

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

### **Seite 59, Konto 1.2171.3144.01 Unterhalt Hochbauten, Gebäude allgemein**

Meier Daniel, SVP: Ich stelle den Antrag, dieses Konto um CHF 30'000 auf CHF 33'000 zu kürzen. Der Aufwand in der Rechnung 2018 betrug CHF 30'000. Jetzt wurde ein Betrag von CHF 63'000 budgetiert.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie, den Antrag abzulehnen. Bereits im Budgetjahr 2019 wurde ein Betrag von CHF 63'000 eingesetzt. Es geht dabei insgesamt um die Schulanlage Halde. Die budgetierten Kosten sind für die allgemeinen Unterhaltsarbeiten gedacht. Es heisst nicht, dass dieser Betrag voll ausgeschöpft werden muss, dennoch wird dieser Betrag gebraucht. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass die Renovation und der Teilneubau der Schulanlage Halde noch einige Jahre dauern wird, bis dann das Ganze bezogen werden kann. Es ist nicht so, dass wir nun gar keinen Bedarf mehr haben, sondern wir werden noch einige Jahre mit der jetzigen Situation klarkommen müssen. Aus diesem Grund wurde der budgetierte Betrag im Jahr 2020 entsprechend eingestellt. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Christen Peter, SVP: Der Unterhalt muss mit einem Minimalaufwand geleistet werden. Es sollte so wenig Geld wie möglich ausgegeben werden. Wir werden bald etwas Neues machen und aus diesem Grund muss dies jetzt durchgehalten werden.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Gerne möchte ich auf das Votum von Peter Christen antworten. Beim budgetierten Betrag von CHF 63'000 handelt es sich bereits um das absolute Minimum. Dieser Betrag muss für die ganze Schulanlage ausreichen. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

## Abstimmung

Dem Antrag

*das Konto 1.2171.3144.01 sei um CHF 30'000 zu reduzieren*

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

## Seite 59, Konto 1.2171.3144.11 Unterhalt Hochbauten, Gebäude a.o.

Meier Daniel, SVP: Hier betrifft mein Antrag, die Kürzung des budgetierten Betrages um CHF 21'000 auf CHF 27'000, den ausserordentlichen Unterhalt der Schulanlage Halde. Gemäss den Erläuterungen geht es bei diesem Konto einerseits um eine Schimmelpilzsanierung im Schulhaus Wietlisbach, was wir für in Ordnung befinden und andererseits um eine Pauschale in der Höhe von CHF 21'000, im Hinblick auf die bevorstehende Gesamtsanierung. Den letzten Betrag können wir nicht nachvollziehen. Es ergibt unserer Ansicht nach keinen Sinn, vor der Gesamtsanierung noch Geld auszugeben. Zudem würde dies doch in einen Baukredit gehören.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Wir haben noch Versuche unternommen, dies abzuklären mit der Abteilung Liegenschaften und Anlagen. Wie Ihnen bekannt ist, ist die Leiterin dieser Abteilung nicht mehr bei uns tätig. Sie hatte diesen Betrag aufgestellt. Für den Gemeinderat ist dies eine etwas unangenehme Situation, denn wir können – auch mit ihren Ausführungen – nicht mehr nachvollziehen, weshalb sie diesen Betrag ins Budget genommen hat. Wir denken, dass es sich um einen Fehler handelt. Wir empfehlen Ihnen, den Betrag von CHF 21'000 aus dem Budget zu streichen. Die Schimmelpilzsanierung im Wietlisbachschulhaus, welches ebenfalls zum Schulzentrum Halde gehört, sollte hingegen auf jeden Fall gemacht werden. Dies ist sehr wichtig.

## Abstimmung

Dem Antrag

*das Konto 1.2171.3144.11 sei um CHF 21'000 zu reduzieren*

wird einstimmig mit 38 Ja-Stimmen angenommen.

## Seite 61, Konto 1.2174.3144.11 Unterhalt Hochbauten

Eberhart Andreas, SVP: Wir stellen bei diesem Konto den Antrag um Kürzung um CHF 95'000. Der budgetierte Betrag ist für den Rückbau einer Laufbahn einer Weitsprunganlage angedacht. Es mag sein, dass diese momentan nicht benutzt wird, aber sie befindet sich in einem sehr guten Zustand. Wir fragen uns, weshalb man etwas, was bestehend und somit nutzbar ist, einfach zurückbauen will. Und dies noch für einen Betrag von beinahe CHF 100'000.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich muss Andreas Eberhart widersprechen. Diese Anlage befindet sich in einem desolaten und ganz miserablen Zustand und ist sogar gefährlich. Sie ist extrem rutschig und wird seit Jahren nicht mehr gebraucht. Seit der Inbetriebnahme der Sportanlage Niedermatten gehen nicht nur die Schulen, sondern auch die Vereine nur noch dahin. Die Anlage stellt heute ein Sicherheitsrisiko dar. Harry Lütolf hat eine solche Situation bereits vorhin – bei der Liegenschaft an der Steingasse 45 – angesprochen. Dies gilt selbstverständlich auch explizit für diese Leichtathletikanlage im Junkholz, welche nicht mehr benützt wird. Zudem ist es so, dass wenn diese Anlage nicht im Jahr 2020 abgerissen wird, dann muss es zwingend ein Jahr später wieder budgetiert werden. Es handelt sich also nicht um einen Posten, welchen man einfach nicht machen kann. Man kann hier keinen Franken sparen. Ich weise darauf hin, dass man dies wirklich dringend machen muss.

Christen Peter, SVP: Ich habe eine Verständnisfrage. Ich möchte wissen, ob es vorliegend um die Hoch- und Weitsprunganlage geht und welches die gefährlichen Subjekte dabei darstellen.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Es handelt sich um eine 80 m oder 100 m Bahn und die Weitsprunganlage. Auf dieser wurde früher zum Beispiel der Anlass „de schnellst Wohler“ durchgeführt. Dies liegt jedoch schon einige Jahre zurück.

Christen Peter, SVP: Da die Anlage nicht mehr benutzt wird und dort einfach der Belag nicht mehr in Ordnung ist, dann kann sich ja auch niemand verletzen.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Es stellt ein Sicherheitsrisiko dar, da dort auch noch Fuss- und Handball gespielt wird. Es sind auf der ganzen Anlage noch viele Leute unterwegs, sie ist sehr stark frequentiert und es könnten – trotz Schliessung – auch Leute auf die Laufbahn oder die Weitsprunganlage gehen. Dies sehe ich jeweils, wenn ich Joggen gehe.

Läufer Marc, SVP: Mir erscheint das Haus an der Steingasse das grössere Risiko zu sein, als diese Anlage. Ich wohne auch dort in der Nähe und kann nicht nachvollziehen, dass dies ein Sicherheitsrisiko sein soll. Ich stimme für den Antrag um Kürzung.

Gutaj Mergim, SP: Es geht wohl auch darum, dass man die Kontrolle erhält, wer sich auf dieser Anlage aufhält. Die Kinder, welche auf dem daneben befindlichen Spielplatz spielen können auch auf die Weitsprunganlage gelangen. Wenn Kinder dort deshalb stürzen und sich verletzen, dann ist das ein Risiko, welches ganz klar von der Gemeinde getragen werden muss.

Leuenberger Stefan, Leiter PBU: Solange die Gemeinde Wohlen im Eigentum dieser Anlage ist, auch wenn sie nicht im Gebrauch stehen, generieren Unterhaltskosten. Wenn man die Anlage nicht unterhält, dann wird sie rutschig. Dies ist das Problem. Solange man sie pflegt und unterhält, verursacht sie Kosten und stellt auch kein Sicherheitsrisiko dar. Vorliegend hätten wir jedoch Unterhaltskosten für eine, welche man gar nicht mehr benötigt und braucht. Wenn man sie nicht pflegt, dann müsste sie abgesperrt oder zurückgebaut werden.

Läufer Marc, SVP: Was würde der Unterhalt für diese Anlage in etwa kosten im Jahr? Oder was würde eine Absperrung dieser Bahn für einen Kostenaufwand darstellen?

Leuenberger Stefan, Leiter PBU: Was der Unterhalt spezifisch auf diese Anlage bezogen kostet, müsste ich abklären. Die Errichtung einer Absperrung ist vermutlich kostengünstiger, hat jedoch eine regelmässige Kontrolle und Überprüfung zur Folge, was wieder auch Kosten verursacht. Früher oder später müsste man die Anlage jedoch auch zurückbauen.

## **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.2174.3144.11 sei um CHF 95'000 zu reduzieren*

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

## **Seite 63, Konto 1.2192 Jugendfest**

Strasser Denise, FDP: Ich möchte, dass das Jugendfest verschoben wird. Es ist nicht notwendig, dass alle drei Jahre ein Jugendfest stattfindet. Man sieht dies auch bei der Gemeinde Villmergen, welches dieses alle acht Jahr durchführt und – Entschuldigung – es ist bei weitem besser als das unsere. Man könnte sich auch Gedanken dazu machen, wie es dem Depotzeug und dem verhält. Die Vereine haben hohe finanzielle Mehraufwendungen deswegen, so, dass es sich fast nicht mehr lohnt, in das Jugendfest zu investieren. Es ist unklar, ob sich noch alle Vereine daran beteiligen werden. Vielleicht sollte man das Durchführungsintervall verlängern auf mehr als drei Jahre.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht stattzugeben. Das Jugendfest in Wohlen hat Tradition und dies bedeutet eine Durchführung alle drei Jahre. Das kommt nicht von ungefähr, sondern es geht darum, dass jedes Kind, welches die Schule in unserem Dorf besucht und hier aufwächst, sowohl in der Unter-, Mittel- und Oberstufe einmal ein Jugendfest erleben kann. Wenn man nun den Durchführungsrythmus ändert, dann ist das leider nicht mehr der Fall. Wenn man das Jugendfest in Villmergen als Bei-

spiel nimmt, dann muss man wissen, dass es dort eine ganz andere Tradition gibt. Die Gemeinde Villmergen gibt dann auch alle acht Jahre ziemlich viel Geld mehr aus, so etwa das zwei- oder dreifache davon. Ich bitte Sie zu Gunsten der Kinder und der Tradition den Antrag abzulehnen und den Durchführungsrhythmus von drei Jahren beizubehalten. Der Einführung eines vier Jahresrhythmus aus irgendwelchen Gründen ergibt meiner Meinung nach, gemäss meinen Ausführungen, keinen Sinn.

### **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.2192 sei um CHF 108'000 zu reduzieren*

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

### **Seite 68, Konto 1.3291.3144.11 Unterhalt Hochbauten, a.o.**

Hoffmann Thomas, FDP: Bei meinem Antrag geht es um das Casino. Im Betrag von CHF 124'000 ist der Ersatz der Bühnenbeleuchtung von CHF 35'000 miteingerechnet. Von der Verwaltung haben wir erfahren, dass ein Ersatz gar nicht notwendig ist. Zudem rechtfertigen die Belegungszahlen des Casinos eine neue Bühnenbeleuchtung nicht. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, dass der budgetierte Betrag von CHF 124'000 um CHF 35'000 kürzt auf neu CHF 89'000.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich möchte gerne wissen, woher Thomas Hoffmann die Information erhalten hat, dass der Ersatz der Bühnenbeleuchtung gar nicht notwendig ist.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich muss meine Informanten nicht preisgeben.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Nach der Einschätzung des Gemeinderates und der Verwaltung stimmt die Ausführung von Thomas Hoffmann nicht. Der Ersatz der Bühnenbeleuchtung erachten wir als notwendig. Eine Streichung hätte wieder nur eine Verschiebung der Kosten auf ein anderes Jahr zur Folge. Gespart hat man damit nicht. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, dem Antrag nicht stattzugeben.

### **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.3291.3144.11 sei um CHF 35'000 (Bühnenbeleuchtung) zu reduzieren*

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

*Der Präsident Edwin Brunner gibt den Stichentscheid. Der Antrag wird mit seiner Ja-Stimme angenommen.*

### **Seite 69, Konto 1.3413.3144.11 Unterhalt Hochbauten, a.o.**

Hoffmann Thomas, FDP: Ich habe zu diesem Konto, CHF 45'000 für Lagerraum für Maschinen und Geräte, eine Frage. Ich möchte gerne wissen, um was es hier konkret geht.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Diese Anliegen wurde schon länger vorgetragen. Es geht um eine Einstellhalle für grössere Maschinen, welcher vom Personal der Niedermatten benötigt wird. Derzeit weiss man nicht, wo man die grösseren Maschinen unterbringen kann. Es geht zudem um einen effizienteren Betrieb und auch eine Nahe Einstellmöglichkeit zu den Spielfeldern der Niedermatten. Beispielsweise die Maschine, mit welcher man den Rasen pflegen und auflockern kann. In die bestehende Garage, welche auch als Büro benützt wird, ist vollkommen gefüllt und hat keinen Platz mehr für eine weitere Maschine. Mit dem Betrag von CHF 45'000 wird der Raum neben der Garage neu gestaltet und kann anschliessend weitere Maschinen beherbergen.

## Seite 71, Konto 1.5230.3636.01 Beitrag an Integra, Stiftung für Behinderte

Christen Peter, SVP: Mein Antrag bezieht sich auf den Beitrag an die Integra, Stiftung für Behinderte. Ich beantrage, dass der eingestellte Betrag von CHF 6'000 komplett gestrichen wird. Die Integra ist bestens finanziert und hat mit Sicherheit keine Steuergelder nötig. Sie profitieren bereits von Steuerzahlern, wenn sie in irgendwelchen Gärten Rasenmähen gehen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht stattzugeben. Es handelt sich um ein Agreement von verschiedenen Gemeinden, welche einen finanziellen Beitrag an diese Institution leisten. Für uns als Standortgemeinde finde ich, dass es sich gut machen würde, wenn man den Beitrag trotzdem weiterhin bezahlen würde, statt dass er aus dem Budget gestrichen wird.

Lütolf Harry, CVP: Dieser Antrag kommt immer wieder. All diejenigen, welche schon länger im Einwohnerrat Mitglied sind, wissen dies. Man sollte hier konsequent bleiben und den Antrag ablehnen. Er wurde auch schon in der Vergangenheit immer abgelehnt. Es macht wenig Sinn, den Betrag herauszustreichen und ihn dann im nächsten Jahr wieder ins Budget zu nehmen.

Christen Peter, SVP: Da mir die Historie zu diesem Antrag bislang nicht bekannt war, ziehe ich den Antrag zurück.

## Seite 72, Konto 1.5430.4260.00 Rückerstattung von Alimentenpflichtigen

Lütolf Harry, CVP: Wir haben bislang nur kritische Anträge gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung gehört. Es ist sicher auch einmal schön für die Verwaltung etwas Positives zu hören. Es geht um die Rückerstattung der Materiellen Hilfe. Wie Sie wissen, habe ich dies letztes Jahr schon zu Thema gemacht und es ist auch noch eine Anfrage dazu hängig. Mit Wohlwollen nehme ich zur Kenntnis, dass der Gemeinderat zusammen mit dem Bereichsverantwortlichen den budgetierten Betrag bei diesem Konto erhöht hat. Die sowohl bei der Alimentenbevorschussung wie auch bei der Rückerstattung der Materiellen Hilfe. Ob der Plan aufgehen wird, das werden wir sehen. Für mich ist dieses Vorgehen gut.

## Seite 74, Konto 1.6150.3141.01 Gemeindestrasse; Unterhalt Strassen Verkehrswege

Hoffmann Thomas, FDP: Es geht vorliegend um den Unterhalt der Gemeindestrassen und Verkehrswege. Wir sind uns bewusst, dass der Gemeinderat den Betrag von CHF 450'000 um CHF 100'000 auf CHF 350'000 reduziert hat. Wir möchten eine weitere Reduktion von CHF 150'000 beantragen. Es hat in diesem Konto viele Sachen, welche einfach Pauschal beantragt werden, wie beispielsweise allgemeiner Unterhalt von CHF 300'000. Ich bin der Meinung, dass wenn man Strassenunterhalt macht, dass dann auch dem Einwohnerrat ein Bericht und Antrag vorgelegt werden sollte. Zudem hat es im Budget bauliche Massnahmen zu Tempo-30-Zonen. Auch hier verlange ich, dass man sagt, was man konkret machen möchte. Im Vorvorjahr wurde eine Betrag von CHF 120'000 als Aufwand verbucht und im Vorjahr CHF 282'000. Es wäre ideal, wenn der Betrag für Strassenunterhalt pro Jahr bei CHF 200'000 liegen würde.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Hierbei handelt es sich um eine typische Unterhaltsmassnahme, welche einfach notwendig sind. Wenn man diese jetzt nicht ausführt, muss man es zu einem späteren Zeitpunkt machen. Wenn der Strassenunterhalt nicht regelmässig vorgenommen wird, dann steigen die Kosten sehr stark an, weil bedeutend mehr investiert werden muss, um den Unterhalt nachzuholen. Im Rahmen von privaten Bauvorhaben müssen wir Mittel zur Verfügung haben. Wenn jemand ein Bauprojekt plant und umsetzt, dann muss es möglich sein, kleine Anpassungen vorzunehmen. Dies kann eine Trottoirergänzung oder eine andere Einfahrt sein. Dies ist leider sehr schlecht oder gar nicht im Voraus planbar, zumal da das Budget bereits im April des Vorjahres erstellt wird. Da kann man noch nicht wissen, was 1 ½ Jahre später geschehen wird. Nach der Einführung einer Tempo-30-Zone, ca. 1 Jahr später, benötigt es eine Nachprüfung, um deren Einhaltung anzuschauen. Wenn die Tempo-30-Zone nicht eingehalten wird, sind wir verpflichtet, bauliche Massnahmen vorzunehmen. Das sind in der Regel kleinere Sachen, wie das Anbringen von Bodenmarkierungen. Auch hier müssen flexibel reagieren können. Aus diesem Grund bitte ich Sie diese Position, welche wir bereits reduziert haben, so zu belassen, Es wird mit einer Reduzierung keinen Franken gespart, sondern es wird lediglich hinausgeschoben und in den kommenden Jahren wird es erheblich teurer werden. Auch der Gemeinderat hat Interesse daran, dass der Aufwand bei diesem Konto jedes Jahr immer etwa gleich hoch ist. Dies auch in Anbetracht mit den vorhandenen personellen Ressourcen in der Abteilung Tiefbau und Verkehr.

Hoffmann Thomas, FDP: Wir ziehen den Antrag zurück.

#### **Seite 76, Konto 1.7201.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter**

Kündig Adrian, SVP: Im Budget ist unter dieser Position ein Betrag von CHF 200'000 eingestellt. Der Antrag der SVP lautet auf Kürzung um CHF 100'000. In der Artengliederung auf Seite 89 kann man sehr gut erkennen, dass der budgetierte Betrag auf dem Konto 3132 in der Rechnung im Jahr 2018 und im Budget 2019 um rund 30% zugenommen hat. Im Bereich Umweltschutz und Raumordnung möchte der Gemeinderat CHF 200'000 ausgeben und begründet dies als „Aufwand im Zusammenhang Dritter“. Für die SVP ist es nicht klar, um welches Projekt es sich vorliegend handelt. Zudem sind wir der Ansicht, dass zu viel ausser Haus geplant wird. Aus diesem Grund beantragen wir bei diesem Konto eine Kürzung um CHF 100'000.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Sprechen wir vorliegend vom Konto 1.7201.3132.00, Abwasserbeseitigung? Bei diesem Konto handelt es sich eine Spezialfinanzierung. Wenn Sie dort eine Kürzung vornehmen, dann muss man auch auf der Ertragsseite eine Kürzung vornehmen und hätte somit keinerlei Auswirkungen auf die laufende Rechnung. Die Gelder auf diesem Konto sind einerseits für die Nachführung der GIS-Daten angedacht. Dies ist, wie bereits vorhin schon einmal erwähnt, gesetzlich vorgeschrieben. Dies geht nach Anzahl der vorhandenen Bauten. Weiter wird der Betrag für den GEP 2. Generation, das ist der „Generelle Entwässerungsplan“, verwendet, also sehr relevant, auch wenn sich das Ganze unter dem Boden befindet und somit keinen spektakulären Anblick bietet. Es ist sehr wichtig, dass diese Planung, welche in Zusammenarbeit mit dem Abwasserverband und den umliegenden Gemeinden, weitergeführt werden kann. Weiter soll das Abwasserreglement revidiert werden – eine Pendeuz, welche schon längst überfällig ist. Ich bitte Sie, den Antrag aus den genannten Gründen abzulehnen oder Antragssteller den Antrag zurückzuziehen.

Kündig Adrian, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

#### **Seite 78, Konto 1.7500.3140.02 Naturschutzmassnahmen**

Hoffmann Thomas, FDP: Es geht wieder einmal um das Projekt „Aufwertung der Siedlungsränder“. Hier ist ein Betrag von CHF 15'000 eingestellt. Dieses Projekt könnte meiner Meinung nach auch einmal ausgesetzt werden, denn wir können es uns nicht leisten. Ob an den Siedlungsränder ein Jahr nichts gemacht wird spielt überhaupt keine Rolle. Der Betrag soll ersatzlos gestrichen werden. Der weitere Betrag von CHF 5'000 für die Waldrandaufwertung – Aufwertungsprojekt Forstbetrieb Wagenrain. Der Forstbetrieb Wagenrain ist eine Sache der Ortsbürgergemeinde und hat in der Rechnung der Einwohnergemeinde nichts verloren und soll gestrichen werden. Aus diesem Grund stelle ich zwei Anträge um ersatzlose Streichung.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Für die fachlichen Auskünfte soll das Wort bitte anschliessend an Thomas Burkard erteilt werden. Er ist in naturschutzfragen besser bewandert als ich. Grundsätzlich handelt es sich bei beiden Ausgaben um Naturschutz- und Aufwertungsmassnahmen. Wir sind in einem Lebensraum Zuhause, bei welchem der Druck auf die Aussenflächen und Erholungsflächen zunehmend ansteigt. Man muss sich die Frage stellen, wie man damit umgehen möchte. Hier spalten sich die Meinungen. Sie können entscheiden, ob es notwendig ist oder nicht. Der Gemeinderat erachtet es als nötig.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Beim Betrag von CHF 5'000, welche zu Gunsten des Forstbetriebs Wagenrain gesprochen werden sollen, geht es um sogenannte Waldrandaufwertungen. Die Einwohnergemeinde ist sehr wohl beteiligt daran. Der Forstbetrieb Wagenrain führt dies entsprechend auf. Es geht genau um das Grenzgebiet zwischen den Waldflächen und meistens um landwirtschaftliche Flächen. Das ist das Randgebiet zwischen Wald und offenen Terrain. Es macht Sinn, dass der eingesetzte Betrag von CHF 5'000 – wie seit Jahren – für die Waldrandaufwertung aufgewendet wird. Bei diesem Projekt geht es schrittweise und über Jahre hinweg voran. Dem Einwohnerrat empfehle ich, diese Position im Budget zu belassen. Die Aufwertung der Siedlungsränder ist sehr wohl sichtbar. Es handelt sich dabei für die Natur um eine sehr wertvolle Vernetzungsfläche, welche entlang der Ausfallstrassen in Wohlen, umgesetzt werden soll. Aktuell ist dies gerade bei der Strasse Richtung Bremgarten. Dies ist augenfällig für zum Beispiel Auto- und Velofahrende. Für die Natur ist dies ebenfalls sehr spürbar, nämlich als Korridor in welchem die Tiere wandern können. Es macht durchaus Sinn. Der Gemeinderat bittet Sie, auch diesen Betrag im Budget zu belassen.

## Abstimmung

Dem Antrag

*das Konto 1.7500.3140.02 sei um CHF 15'000 (Siedlungsränder) zu reduzieren*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

## Abstimmung

Dem Antrag

*das Konto 1.7500.3140.02 sei um CHF 5'000 (Waldränder) zu reduzieren*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

## Seite 78, Konto 1.7710.3144.01 Unterhalt Friedhofanlage

Kündig Adrian, SVP: Im Budget ist ein Betrag von CHF 80'000 bei dieser Position eingestellt. Die SVP stellt den Antrag um Streichung des gesamten Betrages. In der Friedhof sollen Bäume für insgesamt CHF 127'000 in zwei Etappen ersetzt werden. Die 1. Etappe soll im Jahr 2020 stattfinden. Hierfür ist ein Betrag von CHF 80'000 vorgesehen. Für die 2. Etappe, welche später stattfinden soll, ist ein Betrag von CHF 47'000 angedacht. Dafür wurde extra ein Baumkonzept erstellt. Die SVP möchte dieses Baumkonzept zuerst sehen. Zudem möchten wir in einem Bericht sehen, warum und welche Bäume ersetzt werden müssen. Aus diesem Grund beantragen wir die Streichung dieses Betrages und fordern den Gemeinderat, einen Bericht und Antrag über das Baumkonzept bei der Friedhofanlage und über die ganze Gemeinde zu erstellen. Bei den Gräbern und Urnen wird dem Einwohnerrat auch einen Bericht und Antrag vorgelegt. Wir aktuell stellen fest, dass sehr viele Bäume in der Gemeinde gepflanzt oder gefällt werden. Wir sind nicht generell gegen neue Bäume, möchten jedoch den alten Baumbestand gerne erhalten. Wir fordern in dieser Sache mehr Transparenz.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Es geht vorliegen um ein Baumkonzept, welches nicht nur den Friedhof betrifft, sondern es geht um den gesamten Gemeindebann von Wohlen. Dieses Baumkonzept besteht schon seit Jahren und wird immer wieder erneuert, sodass diejenigen Bäume, welche ein Sicherheitsrisiko darstellen, rechtzeitig ersetzt werden können. Herunterstürzende Äste sind immer wieder ein Thema. Ältere Bäume können ein Sicherheitsrisiko sein. In der Friedhofanlage ist es tatsächlich so. Wir haben dort festgestellt, dass etliche Bäume – aus Sicherheits- und Altersgründen – gefällt und ersetzt werden müssen. Diese Verjüngung ist notwendig, damit der Baumbestand im Friedhof wieder anständig aussieht. Ich glaube, dass auch Sie es schätzen, wenn am Friedhof der schöne Baumbestand erhalten werden kann. Damit dies so sein kann, kann man nicht einfach alle Bäume so stehen lassen, sondern man muss sie von Zeit zu Zeit verjüngen. Man muss ältere Bäume, welche ein Sicherheitsrisiko darstellen, durch jüngere Bäume ersetzen. Das ist in zwei Etappen geplant. Mir ist klar, dass es sich um einen hohen Betrag handelt. Sie müssen sich jedoch vorstellen, dass es gar nicht so viele in dieser Grösse Bäume gibt. Wie möchten da ja nicht nur 30 cm grosse Bäume pflanzen, sondern wir möchten junge Bäume, welche schon kräftig sind. Solche Bäume kosten zwischen CHF 3'000 und CHF 5'000. Jetzt können Sie die Rechnung machen. Geplant sind insgesamt 20 bis 25 Bäume. Es geht vorliegend primär um die Allee, welche von der Abdankungshalle her verläuft, im Süden Richtung Bahngleise, zu ersetzen. Diese Bäume muss man ersetzen, sie sind krank und alt. Die zweite Etappe wäre ein Jahr später geplant. Dies wurde absichtlich auf zwei Etappen verteilt.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich habe noch eine Anschlussfrage. Wie viele externe Berater wurden für die Erstellung des Baumkonzeptes angestellt und wie viele Kosten hat dies verursacht?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Das Baumkonzept wurde – wie erwähnt von Thomas Burkard – nicht neu erstellt, sondern es wird regelmässig erneuert. Jeder Baum der Gemeinde Wohlen ist darin erfasst und kartiert. Man weiss somit wie alt die Bäume sind und welche standortbedingten Besonderheiten jeweils gelten. Ich musste mich belehren lassen, dass es halt Bäume gibt, welche den Anforderungen besser statthalten als andere. Beispielsweise haben Bäume an Strassenrändern andere Anforderung als Bäume im Wald. Wir haben hier weder einen Gutachter noch sonst jemanden dafür angestellt. Das ist eine ständige Arbeit, welche Roger Isler, als Umweltbeauftragter der Gemeinde Wohlen, fortlaufend vollzieht. Das ist

einfach ein unhaltbarer Vorwurf von Thomas Hoffmann und nicht anderes. Bei der Friedhofanlage bitte ich Sie, auch eine gewisse Pietät walten zu lassen. Es handelt sich um einen Ort der Stille und der Trauer. Es ist kein Ort, an welchem es angebracht ist, regelmässig Bäume zu ersetzen. Aus diesem Grund ist es uns wichtig, dass dies möglichst auf einmal passiert. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat dies in zwei Etappen budgetiert, damit der Austausch der Bäume entsprechen vorgenommen werden kann.

## **Abstimmung**

Dem Antrag

*das Konto 1.7710.3144.01 sei um CHF 80'000 zu reduzieren*

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

## **Seite 80, Konto 1.9100.40xx Gemeindesteuern**

Keller Samuel, FDP: Es spitzt sich langsam auf die finale Frage hin zu, wie hoch der Steuerfuss werden soll. Am heutigen Abend haben wir im Budget einen Betrag von CHF 516'500 eingespart. Damit ein Budget erstellt werden kann, hat man nicht nur Ausgaben bei welchen man sparen kann, sondern man kann sich auch auf der Seite der Einnahmen nach eine Möglichkeit zur Einflussnahme umsehen. Ich habe deshalb eine ganz konkrete Frage an den Gemeinderat. Und zwar möchte ich wissen, wie es mit den Steuereinnahmen dieses Jahr aussieht. Mich interessiert der Vergleich zwischen der budgetierten und der bis Dato erwarteten Einnahmen. Im Budget 2019 wird ein Betrag von CHF 38.8 Mio. aufgeführt. Wir haben nun Ende Jahr und sollten eigentlich relativ gut abschätzen können, ob die Budgetvorgabe erreicht werden kann oder sogar überschritten wird. Im letzten Jahr, zum gleichen Zeitpunkt, war bereits ein Mehrbetrag von CHF 4.2 Mio. eingenommen.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Ich habe dies heute ja bereit schon einmal erwähnt, obschon dies bei einer anderen Frage gewesen war. Der Stand vom November 2019 liegt bei einer Einnahme von CHF 34'796'682, was 99.9% entspricht. In diesem Sinn haben wir das Budget erreicht. Wir haben jedoch noch einen Monat übrig für dieses Jahr. Wenn man den Zahlungseingang des Monats Dezember in den letzten 4 bis 5 Monaten anschaut, dann wurde durchschnittlich CHF 400'000 einbezahlt. Es wird also nicht mehr erheblich ansteigen.

Keller Samuel, FDP: Ich sehe im Budget einen Betrag von CHF 38.8 Mio. und jetzt sollen wir erst bei einem Betrag von CHF 34 Mio. sein?

Frick Roland, Finanzverwalter: Es geht um die von Ariane Gregor präsentierten Zahlen. Diese betrifft lediglich die natürlichen Personen per Ende November. Bei den natürlichen Personen wurden fast genau die budgetierten Einnahmen von CHF 34.8 Mio. erreicht. Der Durchschnitt der letzten vier Jahre beträgt CHF 400'000, also rund 1.1% über dem Budget. Dies ist ohne Aktien- und Quellensteuern.

Keller Samuel, FDP: Im Budget ist ein Betrag von CHF 38.8 Mio. aufgeführt. Da sieht man nicht, ob es sich um natürliche Personen und Firmen handelt. Ich hätte den Vergleich zu derjenigen Zahl, welche im Budget aufgeführt wurde.

Frick Roland, Finanzverwalter: Dies ist im Budget auf der Seite 80 ersichtlich. Hier sind die Positionen ohne Quellensteuern und ohne die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen aufgeführt. Wir haben Ihre Frage leider erst erhalten, als wir uns auf den Weg zur Einwohnerratssitzung begeben haben. Die Zahlen der natürlichen Personen, was die grössere Zahl darstellt, konnten wir noch nachschauen. Die anderen Zahlen waren innert der kurzen Zeit nicht mehr zu erheben.

Nicoll Jonathan, SVP: Wäre es möglich eine Indikation bezogen auf die Gesamtzahl zu erhalten? Was macht die Differenz aus, welche nicht die natürlichen Personen betrifft und sämtliche Kapitalsteuer einschliesst. Damit wir diskutieren können wie gross das effektive Delta zum Total ist.

Frick Roland, Finanzverwalter: Der Budgetbetrag ist ersichtlich, er beträgt CHF 4.2 Mio. Leider stehen mir keine Zahlen der Sollstelle zur Verfügung.

Nicoll Jonathan, SVP: Von Ariane Gregor wurde ausgeführt, dass es eine Indikation im Dezember gibt. Sprechen wir von CHF 1 Mio. Differenz, sprechen wir von CHF 2 Mio. Differenz oder von CHF 500'000 auf das Total bezogen?

Frick Roland, Finanzverwalter: Ich wiederhole, dass ich keine Zeit mehr hatte, die Aktiensteuern nachzuschauen. Aus diesem Grund kann ich keine Zahl nennen. Nur zu den natürlichen Personen kann ich Ihnen die Zahlen angeben. Wie erwähnt, haben wir den budgetierten Betrag von CHF 34.8 Mio. zu 99.9% erreicht. Im Dezember erwarten wir dann noch einen Zahlungseingang von ca. CHF 400'000. Sollte dies eintreffen, würden wir bei den natürlichen Personen den budgetierten Betrag um 1.1% überschreiten.

Keller Samuel, FDP: Ich habe eine Anschlussfrage. Ich möchte wissen, ob jeweils ein monatlicher Abschluss gemacht wird oder ob anderweitige Abschlüsse stattfinden. Mich interessiert, wie die Finanzverwaltung diesbezüglich organisiert ist.

Frick Roland, Finanzverwalter: Der Abschluss der natürlichen Personen wurde Ende November erstellt, da gerade die Auszahlung an die Kirchgemeinden erfolgt ist. Aus diesem Grund ist auch der Stand der natürlichen Personen nachgeführt. Das Abschlussdatum dieser Service-Lösung ist November. Die Zahlen kamen heute heraus, nur deshalb können wir Ihnen den aktuellen Stand mitteilen.

Keller Samuel, FDP: Bedeutet dies, dass keine regelmässigen Abschlüsse gemacht werden?

Frick Roland, Finanzverwalter: Doch, wir erstellen jeden Monat einen Abschluss. Der Abschluss von Ende November ist genau heute herausgekommen. Das ist die Service-Lösung des Kantons, welche für die Gemeinden erstellt wird. Die Auswertung habe ich heute bearbeitet. Es liegen jedoch, wie bereits erwähnt, keine Daten bezüglich der Aktiensteuern vor.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: In meinen Unterlagen habe ich Zahlen, welche per Ende September erhoben wurden. Bei der Quellensteuer ist ein Ertrag von ca. CHF 1 Mio. aufgeführt, bei den Aktiensteuern ca. CHF 2 Mio. und bei den Nachsteuern und Bussen ca. CHF 300'000. Dies wäre ein Betrag von CHF 3.3 Mio. Herr Keller, reichen Ihnen diese Angaben oder sollen wir Ihnen die aktuellen Zahlen zu einem späteren Zeitpunkt nachliefern?

Keller Samuel, FDP: Ich fordere dass solche Zahlen im nächsten Jahr parat sind und somit für die Budgetdiskussion zur Verfügung stehen. Ich erwarte, dass seitens des Gemeinderates und der Verwaltung die Auskunft über die Steuereinnahmen erteilt werden kann.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es geht also wirklich nicht, dass wir um 17.30 Uhr, also 30 min vor dem Start der Einwohnerratssitzung, solche Fragen erhalten und dann erwartet wird, dass bis um 18.00 Uhr alles beantwortet und parat ist. Wenn Sie diese Fragen zwei Tage vorher gestellt werden würden, könnten sie auch entsprechend beantwortet werden. Andererseits muss man erwähnen, dass das Budget sehr früh, im April/Mai, erstellt wird. Hier hat man noch keine Zahlen der Steuererträge und muss dies schätzen. Im Juli wird das Budget nochmals, aufgrund von Voraussagen der verschiedenen Stellen, revidiert. Aus diesem Grund ist das immer mit Vorsicht zu geniessen. Das Budget ist nicht tagesfrisch vor der Einwohnerratssitzung erstellt, sondern hat eine lange Vorlaufzeit. Aus diesem Grund sind die Zahlen bezüglich der Erträge – und darauf haben wir immer wieder hingewiesen bei der Diskussion mit der FGPK – nur geschätzt und es besteht das Risiko, dass es sich noch verändert. Der Zeitpunkt der Erstellung des Budgets und der Schätzung des Steuerertrages liegt – wie gesagt – im April/Mai. Wenn man jede Zahl im Budget zwischenzeitlich noch anpassen würde wollen, dann würde man den kompletten Überblick verlieren.

Keller Samuel, FDP: Wir befinden uns derweil in der zweiten Runde der Behandlung des Budgets. In dieser zweiten Runde wurden lediglich Sparmassnahmen angeschaut. Man hätte jedoch auch schauen können, wie es aussieht mit den Einnahmen. Ich bin schwer enttäuscht, dass an dieser Zahl nichts verändert worden ist und dies trotz der vielen Mehrinformationen, welche zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehen. Man hat das Budget vor sechs Monaten erstellt. Dann wurde es im Oktober zurückgewiesen und an der Einnahmenseite wurde nichts mehr verändert. Es wurde nichts angeschaut oder kontrolliert. Dies enttäuscht mir ganz schwer.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich muss vorliegend präzisieren. Selbstverständlich hat er Gemeinderat auch die Ertragsseite angeschaut. Bei der Steuerschätzung wurden verschiedene Faktoren berücksichtigt. Es wurden zum Beispiel noch verschiedene Punkte in Bezug auf Steuergesetzrevision diskutiert und angeschaut (Grossratsebene). Wir haben die Zahlen geprüft, sind jedoch davon ausgegangen, dass

man diese nicht anpassen muss und daher gibt es vorliegend auch keine Veränderung. Nur weil sich eine Zahl nicht verändert hat, heisst das nicht, dass man sie nicht geprüft hat. Ich möchte bei diesem sehr langen Fragenkatalog FGPK – es waren 14 Seiten – drauf hinweisen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung alles ausführlich abgearbeitet und beantwortet haben.

## Investitionsrechnung

Keller Samuel, FDP: Ich stelle diese Frage bereits zum x Mal. Zuletzt stellte ich sie vor 4 Jahren. Wann wird das Projekt Halde im Einwohnerrat behandelt? Wenn ich mich in der Bevölkerung umhöre, dann stelle ich fest, dass die Leute wissen wollen, wann das Schulhaus kommt. Für dieses Projekt wäre ich bereit, eine Steuerfusserhöhung in Kauf zu nehmen, jedoch nicht, wenn ich nicht weiss, wann das Projekt kommt. Ich möchte nicht die Katze im Sack kaufen. Ich möchte damit die Message überbringen, dass solange das Projekt Halde nicht dem Einwohnerrat präsentiert und von ihm behandelt wird, es auch keine Zustimmung zu einer spezifischen Steuerfusserhöhung gibt. Es macht keinen Sinn, dass man schon vor dem Projekt den Steuerfuss erhöht.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich bin verantwortlich für das Grossprojekt Halde. Derzeit geht es um das Vorprojekt des Schulhauses Halde und dieses befindet sich gerade in der Behandlung des Gemeinderates. Es hat sich gezeigt, dass es dafür mehrere Sitzungen benötigt. In diesem Grossprojekt steckt sehr viel Arbeit drin. Es war bereits in verschiedenen Gremien ein Thema, u.a. auch in der Spiegelgruppe. Die Spiegelgruppe ist jedoch angehalten, das Projekt vertraulich zu behandeln. Wir haben im Sinn, dem Einwohnerrat den Bericht und Antrag für das Vorprojekt Halde, anlässlich seiner Sitzung vom 2. März 2020, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Keller Samuel, FDP: Ich danke Thomas Burkard für die Bekanntgabe des Termins. Es gibt keine Notwendigkeit, dass wir den Steuerfuss zu hoch heraufsetzen. Es dauert noch einen Moment.

Brunner Edwin, Präsident: Ich weise darauf hin, dass die Steuerfussthematik später behandelt wird.

Lütolf Harry, CVP: Samuel Keller, deine Fraktion hat es zusammen mit der SVP gewaltig verspielt. Was auf uns zukommen wird an Auslagen und Kosten! Das Schulhaus wäre schon längst gebaut. Man hätte für CHF 40 Mio. bauen können und jetzt wird es CHF 55 Mio. kosten. Das möchte ich also schon deponieren. Man schwingt hier gross mit Worten um sich. Das Schulhaus wäre schon längst für CHF 40 Mio. gebaut worden, aber die FDP und SVP verursachen zusätzliche Kosten von CHF 15 Mio. Das finde ich toll.

## Steuerfuss

Christen Peter, SVP: Ich habe eine Kurzfassung meiner Begründung, damit es alle gut behalten können. Wenn nicht ein Steuerfuss von 110% beschlossen wird, dann wird folgende Situation entstehen. Wir werden entweder mit einem Steuerfuss von 115%, was eher unwahrscheinlich ist, oder 113% die Sitzung heute Abend abschliessen. Dies, wenn Sie nicht auf unserer Linien sind. Dies bedeutet, dass es nochmals eine Volksabstimmung geben wird und wir werden nochmals Kosten für diese Abstimmung haben. Weiter werden wir nochmals dasselbe Resultat haben. Wir respektieren einmal mehr den Volkswillen nicht. Es wird wieder ganz viel geschrieben über diese Situation. Schlussendlich werden wir wieder beim Regierungsrat enden und dieser wird – aufgrund der gehörten Zahlen und den getätigten Einsparungen – wieder gleich entscheiden, wie bereits ein Jahr zuvor. Dann sind wir wieder genau gleich weit. Ich prognostiziere heute, dass wir so oder so Recht bekommen werden.

Lütolf Harry, CVP: Die CVP-Fraktion – und ich nehme an die Meisten aus der Mitte heraus – haben immer die Meinung vertreten, dass vom Volk beschlossene Investitionen auch finanziert werden müssen. Und zwar dann finanziert, wenn die Kosten tatsächlich im Budget eingestellt sind. Im letzten zur Kenntnis genommenen Finanzplan ist für den Bahnhof, welcher vom Volk für das Jahr 2019 und 2020 beschlossen worden ist, ein Betrag von CHF 16 Mio. eingestellt. Für das Schwimmbad und die Kunsteisbahn sind für das Jahr 2019 im Finanzplan noch CHF 2 Mio. eingestellt. Das heisst, dass das Geld nun zu bezahlen ist. Das Volk hat diese zwei grossen Projekte beschlossen. Seit Jahr und Tag haben wir jedoch denselben Steuerfuss. Bei der Steuerfussanpassung des Kantons – der kantonale Steuerfuss stieg um 3%, der unsere sank entsprechend um 3% – haben wir nichts an unserem Steuerfuss verändert. Und jetzt, wenn diese zwei wirklich grossen Investitionen anstehen und tatsächlich im Budget abgebildet sind – auch für das Jahr 2020 – muss der Steuertrag entsprechend nach oben angepasst werden. Es kann nicht sein, dass man

jetzt sagt, das Volk möchte lieber einen Steuerfuss von 110%. Das Volk wollte genauso, dass diese Projekte umgesetzt und gebaut werden. Das muss nun bezahlt werden und aus diesem Grund ist ein Steuerfuss von 110% definitiv falsch. Wir sprechen vorliegend über einen Steuerfuss von 113% oder 115%.

Strasser Denise, FDP: Ich finde es schade, wenn man jetzt einfach sagt, dass das Volk einen Steuerfuss von 110% haben will. Das stimmt nicht. Das Volk will keinen Steuerfuss mit 115%. Über einen Steuerfuss von 113% konnten sie gar nie entscheiden. Das war sehr schade, dass das Volk beim letzten Budget zwei Mal über einen Steuerfuss von 115% entscheiden musste. Man hätte dem Volk die Gelegenheit geben müssen, über den Steuerfuss von 113% abzustimmen. Vielleicht wäre ein Nein dabei heraus gekommen, aber man hätte es wenigsten gewusst.

Keller Anna, Grüne: Falls das Budget mit einem Steuerfuss von 113% tatsächlich dem Regierungsrat vorgelegt werden muss, weil es vom Volk abgelehnt wird, dann wissen wir nicht, was dieser entscheiden wird. Der Regierungsrat hat jedoch geschrieben, dass er bei einer zweiten Beurteilung auch die Langfristplanung anschauen wird. Das heisst er schaut über ein Jahr hinaus und die Langfristplanung ist ja genau der Beleg dafür, dass ein höherer Steuerfuss als 110% benötigt wird. Wie es tatsächlich sein wird, kann jetzt keiner sagen.

Geissmann Thomas, FDP: Ich möchte nicht einmal gross vom Steuerfuss sprechen, da ja alles für eine Festsetzung auf 113% spricht. Ich fürchte mich nur von einer Konstellation. Und zwar gibt es sicher einige Schlaumeier hier im Saal, welche bei der Gegenüberstellung der Anträge von 110% gegen 113% für den ersteren stimmen um den Antrag von 113% auszuschliessen. Dies in der Hoffnung, dass dann bei der anschliessenden Gegenüberstellung von 110% gegen 115% der letztere obsiegt. Dieses Vorgehen kann auch nicht so intelligent sein, denn wenn es schlecht läuft, dann hat man dann am Schluss den Steuerfuss von 110%. Überlegen Sie sich deshalb gut, ob Sie diesen Weg beschreiten möchten. Das kann nämlich ganz schlecht herauskommen.

Keller Anna, Grüne: Zur linken Seite gehören verschiedene Personen. Ich habe mich klar dahingehen geäussert, dass wir für einen Steuerfuss von 113% stimmen werden. Weiter habe ich andere so wahrgenommen, dass sie gleich verfahren werden.

### **Abstimmung**

Die Anträge der SVP (110%) und der FGPK/FDP (113%) werden einander gegenübergestellt.

Antrag SVP (110%):	11 Stimmen
Antrag FGPK/FDP (113%):	26 Stimmen

Der Antrag der FGPK/FDP (113%) wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt (115%):

Antrag FGPK und FDP (113%):	21 Stimmen
Antrag Gemeinderat (115%):	8 Stimmen
Enthaltungen	8 Stimmen

Der Antrag der FGPK/FDP obsiegt.

**Genehmigung des Budget 2020 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 113%.**

**Abstimmung**

Das Budgets 2020 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 113%  
wird mit 24 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen angenommen.

## **Verdankungen Vizepräsident Stimmzähler und Ratsbüro**

Brunner Edwin, Präsident: Es stehen noch verschiedene andere Verabschiedungen und Verdankungen an. Als erstes möchte ich mich bei meinen vier Engeln bedanken, ohne diese vier Damen wäre ein reibungsloser Ratsbetrieb schlicht und einfach unmöglich gewesen. Es sind dies: Michelle Hunziker, Sabrina Siegrist, Jessica Wüest und Ana Dimitrov. Als kleines Dankeschön überreiche ich Euch einen kleinen Znüni.

Auch Adrian Kündig und Dorian Hyde als Stimmzählern gebührt ein grosser Dank für den Einsatz. Es war nicht immer leicht, manchmal auch hektisch, ab und zu musstet ihr zweimal zählen, aber am Schluss war das Resultat immer korrekt. Herzlichen Dank für eure Arbeit.

Nun zu Meinrad Meyer, meinem geschätzten Vizepräsidenten. Lieber Meinrad, in den vergangenen zwei Jahren habe ich dich zu meiner Seite gehabt und ich konnte mich immer auf dich verlassen. Ich durfte dich als zuverlässigen und weltoffenen Kollegen kennen – aber auch schätzen lernen. Dies in den Sitzungen aber auch ausserhalb an diversen Anlässen. Verschiedene Anlässe durften wir zusammen besuchen und wenn ich verhindert war, ist Meinrad zuverlässig wie immer eingesprungen. Auch bei dir ist es eine Verabschiedung, aber nur eine Verabschiedung als Vizepräsidenten. Nun werde ich meinem eigenen Versprechen der Neutralität im Rat untreu, doch ich empfehle den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten wärmstens, Meinrad Meyer als neuen Einwohnerratspräsidenten zu wählen. Ich bin überzeugt, dass Meinrad der richtige Mann, zum richtigen Zeitpunkt, am richtigen Ort, ist. Er hat es mehr als verdient. Meinrad, herzlichen Dank für alles.

## **Verabschiedung als Präsident und aus dem Einwohnerrat**

Meyer Meinrad, Vizepräsident: Zwei Jahre als Einwohnerratspräsident sind deine Krönung deiner politischen Karriere. Du hast dein Amt sehr gut mit dem nötigen Humor, aber auch mit der präsidialen Härte geführt. Als Fraktionspräsident der SVP warst du bekannt für deine lauten, präzisen und klaren Formulierungen. Als Präsident des Einwohnerrates hast du dein Versprechen, welches du bei deiner Antrittsrede geleistet hast mehr als erfüllt. Du hast damals gesagt:

*„Ein Fussballschiedsrichter hat ein gutes Spiel geleitet und seine Aufgabe gut gemeistert, wenn er nach dem Spiel kein Thema ist. Das heisst, es wird nicht über den Schiedsrichter, sondern über das Spiel berichtet.“*

Ich persönlich hoffe, dass auch weiter über dich als Einwohnerratspräsident gesprochen wird, auch wenn du einen hervorragender Spielleiter gewesen bist. Ich gratuliere dir dazu ganz herzlich. Leider hast du dich dazu entschieden, ebenfalls aus dem Einwohnerrat zurück zu treten, was ich sehr bedauere. Ich glaube im Namen von allen sprechen zu können. Ich wünsche dir alles Gute, Gesundheit, Zufriedenheit, und Befriedigung in deinem neuen Lebensabschnitt. Du gehst nächstes Jahr in deine verdiente Pension.

Brunner Edwin, Präsident: Bevor ich zum allerletzten Mal die Glocke betätige, darf ich Sie mit meiner Abschiedsrede belästigen. Es ist ein Abschied der mich persönlich schmerzt. Die Aufgaben als Einwohnerrat und am Schluss als Einwohnerratspräsident habe ich immer mit Respekt und Begeisterung wahrgenommen, diese Aufgaben zum Wohle und Gedeihen der Gemeinde Wohlen werden mir sicher fehlen.

Meine Abschiedsrede verstehe ich als eine Art Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre. Sie, liebe Einwohnerräte haben mir die grosse Ehre erteilt, diesem Rat für zwei Jahre vorzustehen. Für das erteilte Vertrauen danke ich Ihnen noch einmal ganz herzlich. Ich hoffe inständig, dass ich Sie nicht allzu sehr enttäuscht habe.

Vielleicht können Sie sich erinnern, in meiner Antrittsrede hatte ich mich gefragt, was da auf mich zukommt oder auch, was bringt dieses Amt mit sich. Es waren zwei durchaus lehrreiche aber auch interessante zwei Jahre mit vielen bereichernden Momenten. Man muss plötzlich Sitzungen mit allen möglichen Varianten durchspielen, ich denke da vor allem an Rückkommensanträge, Fraktionserklärungen, Rückweisungen um nur einige zu nennen. Im Gegenzug darf man die Gemeinde nach innen und aussen vertreten, es gilt, verschiedene Anlässe jeder Art zu besuchen. Dies ist äusserst lehrreich, lernt man doch Menschen jeder Couleur kennen, Ihre Stärken, Schwächen aber auch Sorgen. Es gibt Vereine und Firmen in Wohlen die kannte ich vorher überhaupt nicht.

Am Ende meiner Amtszeit blicke ich zurück. Es ist ein Blick mit Wohlwollen. Zuerst danke ich allen Einwohnerräten, Gemeinderäten, Gemeindeangestellten und Ratsbüro für die Unterstützung die ich in meinem Amt erleben durfte. Natürlich habe ich Fehler gemacht, es hat auch Kritik gegeben, diese habe ich aber immer als konstruktiv und aufbauend empfunden. Ganz herzlichen Dank für Ihr Verständnis und diese Rücksichtnahme. Hier eine kleine Bitte meinerseits, bitte behandelt meinen Nachfolger genauso rücksichtsvoll, er wird es Euch danken.

Dem Einwohnerrat als solchen muss ich ein Kränzchen winden. Der Einwohnerrat zeigt wieder Herz und Charakter. Ich habe gespürt, alle Einwohnerräte wollen nur eines, nämlich das Beste für Wohlen. Sie alle wollen unsere Gemeinde schrittweise und nachhaltig vorwärtsbringen. Es wird, im Gegensatz zu früheren Jahren, zusammen gesprochen, es wird um Lösungen gerungen. Die Geschäfte werden kontrovers aber sachlich diskutiert, es wird schlussendlich immer ein Kompromiss ausgehandelt, der für die Meisten stimmt. Dies alles mit dem meinerseits gewünschten Anstand und Respekt. Es war manchmal eine Freude, den Diskussionen im Rat zuzuhören. Es war immer klar, alle kennen das zu erreichende Ziel, aber es ist wie bei einem Orientierungslauf, viele verschiedenen Wege, manchmal über Berg und Tal, manchmal durchs Dornengebüsch oder aber ganz einfach über die Landstrasse, führen zum erwähnten Ziel.

Während der letzten zwei Jahre durfte ich Euch schätzen- und kennenlernen, durfte Euch als Präsident führen. Deshalb weiss ich, dass alle Einwohnerräte wirklich nur das Beste für Wohlen wollen, egal welcher Partei sie angehören. Im Rat kommt es zu offenen Diskussionen, es wird zugehört, es werden Kompromisse gesucht und auch gefunden. Für diese Kompromissbereitschaft möchte ich Euch allen danken, das ist für mich gelebte Demokratie wie es sich für ein Schweizer Parlament gehört. Macht weiter so!

Natürlich hat nicht alles nach Wunsch geklappt. Ich denke da an das Schulhausprojekt, das Mehrzweckhallenprojekt. Hier wünsche ich mit etwas mehr Mut und Weitsicht des gesamten Politapparates. Diese Projekte müssen zeitnah umgesetzt werden.

Wir konnten in diesen zwei Jahren aber auch erfreuliche Projekte abschliessen. Ich erinnere an die gelungene Eröffnungsfeier des Schüwo-Sportparks.

Es wurden Projekte in Angriff genommen. Das Bahnhofareal wird sprichwörtlich aufgegleist.

Über die heutige Budgetdebatte möchte ich keine Worte mehr verlieren. Aber das Verdikt „Positives Highlight“ wäre wohl ein bisschen hoch gegriffen.

Persönlich hatte ich Ihnen für meine Amtszeit ein Versprechen, drei Ziele und vier Wünsche abgegeben. Die Beurteilung ob erreicht oder nicht überlasse ich Ihnen, liebe Einwohnerräte.

Ich versprach Ihnen eine neutrale Ratsführung wie ich es als Schiedsrichter gelernt hatte. Ich wollte im Hintergrund zum Wohle des Rates und der Gemeinde tätig sein ohne gross aufzufallen und um ja nicht zum Gesprächsthema oder negativen Schlagzeilen zu werden. Ein Schiedsrichter hat bekanntlich ein Spiel gut geleitet, wenn er nach dem Spiel nicht zum Thema wird. Beim Einwohnerratspräsidenten verhält es sich ebenso.

Die drei Ziele lauteten:

- Pünktlichkeit bzw. Einhaltung des Sitzungsbeginnes
- Meldungen von Abwesenheiten an das Ratsbüro
- Einhaltung der Dauer der Voten gemäss Geschäftsreglement

Die vier Wünsche lauteten:

- Wir behandeln uns mit gegenseitigem Respekt und Anstand
- Wir tragen bei zu einem Klima gegenseitiger Achtung
- Wir akzeptieren andere Meinungen
- Wir suchen gemeinsam den gesunden Konsens in politischen und finanziellen Fragen

Diese vier Wünsche sind zusammengefasst mein Wunsch an Sie für die kommenden Einwohnerratssitzungen. Ich bin der tiefsten Überzeugung dass Sie allesamt gewillt sind, diesen Wunsch gemeinsam umzusetzen. Es muss das erklärte Ziel sein, Wohlen gemeinsam schrittweise vorwärtszubringen und die anstehenden zum Teil sicher schwierigen und grossen Aufgaben zu meistern und zu bewältigen. Dazu wünsche ich

Ihnen die nötige Geduld und Weitsicht, aber auch den nötigen Mut, allenfalls mal über den eigenen Schatten springen zu können. Sie haben die letzten zwei Jahre bewiesen, dass Sie das können. Ich konnte diese Bereitschaft spüren, dank Ihrem Verständnis und Ihrer Weitsicht war es für mich eine Freude, aber auch dankbare Aufgabe, Ihr Einwohnerratspräsident gewesen zu sein. Machen Sie bitte weiter so, bleiben Sie wie Sie sind, ich wünsche Ihnen allen, vor allem aber dem Neuen Präsidenten Meinrad Meyer viel Freude und Erfolg.

Jetzt ist es soweit! Meine Demission ist Tatsache. Ein Teil von Ihnen kann jetzt aufatmen, endlich lässt er uns in Ruhe. Ein allerletztes Mal darf ich nun diese Glocke betätigen.

Tschau miteinander  
Schöne kommende Weihnachten und es guets Neus

Euer scheidender ER-Präsident

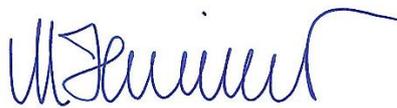
Brunner Edwin, Präsident: Die nächste Sitzung findet am 20. Januar 2020 statt, Sitzungsbeginn ist voraussichtlich um 18.00 Uhr.

Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Edwin Brunner  
Präsident



Michelle Hunziker  
Gemeindeschreiber-Stv.